

Metallarbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

Ersteit wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Reichspost-Zeitungsliste Nr. 5047 a.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherr.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rüststraße Nr. 10b.
Telephonruf Nr. 8892.

Inserate
für die sechsgespaltene Colonne ober deren Raum 50 Pf.
Bei Wiederholungen Rabatt.

Die Uhrenindustrie.

In den Jahresberichten der badischen und württembergischen Fabrikinspektoren sowie der Handelskammern werden beachtenswerte Mitteilungen über die Verhältnisse der Uhrenindustrie gemacht, auf die wir an dieser Stelle kurz eingehen möchten.

Eingehend besprochen werden die Verhältnisse dieser Industrie in dem Jahresbericht der Willinger Handelskammer für 1902. Es wird einleitend konstatiert, daß die Krise in der Uhrenindustrie unverändert fort dauert und die Verhältnisse im verflossenen Jahre eher schlechter als besser geworden sind. Ganz vereinzelt lauten die Berichte günstiger, was aber jeweils auf ganz bestimmte Ursachen zurückzuführen ist. Zu Anfang des Berichtsjahrs waren die Aussichten auf eine Besserung der Verhältnisse günstiger, bald aber setzte die Krise wieder voll ein, und das Geschäft ging schlecht, zum Teile sehr schlecht, bis zum Eintritt der sogenannten Verkaufssaison (Mitte September). Die schon im Jahre 1901 gedrückten Preise sind im Berichtsjahr weiter herabgesetzt worden. Unter den Ursachen der Krise der Uhrenindustrie stehen obenan: unsinnige Überproduktion einzelner großer Fabriken und ein von den häßlichsten Formen begleiteter Konkurrenzneid. „Oder kann man es etwa anders nennen, wenn eine außerhalb unseres Bezirkes gelegene Fabrik durch den Reisenden verbreiten läßt, sie werde mit ihren Offerten stets und immer bei sämtlichen Artikeln 5 Pf. pro Stück billiger sein als eine bestimmte andere Fabrik? Wegen des Preises lasse ich mir keinen Kunden entziehen! Diesen Ausspruch soll ein Großfabrikant getan haben, und die Tatsache, daß dieser Fabrikant vielfach zu Preisen verkauft, die jede Konkurrenz ausschließen, beweist, daß er noch heute darnach handelt.“ Das ist die vollendete und ruinöseste Konkurrenz, die nur auf Kosten der Arbeitslöhne und zum Vorteil des Zwischenhandels geführt wird. Eine gut organisierte, auf auskömmliche Arbeitslöhne haltende Arbeiterschaft wäre allein im stande, solche Konkurrenz zu verunmöglichen. Das beweisen auch die erfolglosen Bemühungen der Willinger Handelskammer, die Uhrenfabrikanten in Form einer Konvention unter unparteiischer Leitung und Kontrolle zu vereinigen.

Preisreduktionen haben nicht nur im Hochsommer — während der stillen Zeit — stattgefunden, sondern auch im September, als die Hochkonjunktur eingetreten war und jedes Etablissement nicht nur voll auf beschäftigt war, sondern zum Teile große Aufträge ablehnen mußte. Auch hierfür kann die Ursache nur in einem zur höchsten Blüte entwickelten Konkurrenzneid erblickt werden.

Die Kaufkraft ist nicht besser geworden. In Deutschland ist ein Teil der Großhändlergrößen zu dem Prinzip übergegangen, keine Lager für ihre Kundschaft zu halten oder wenigstens nicht mehr in dem ausgedehnten Maße wie früher. Viele Großisten pflegen im Falle einer Bestellung seitens eines Detailisten den Fabrikanten anzuweisen, eine bestimmte, meist begrenzte Anzahl Uhren direkt an den Detailisten zu liefern, die Rechnung aber ihnen selbst zu übersenden. Da tritt mit aller nur wünschenswerten Klarheit das Schmarozertum des Zwischenhandels in die Erscheinung. Auch über die weitere Verschlechterung der Zahlungsweise sowohl der Uhrmacher als der Großisten wird geklagt. Es gibt Uhrenhändler, welche 18 bis 24 Monate Ziel verlangen und leider vielfach auch erhalten.

Der Absatz nach dem Ausland bewegte sich im allgemeinen in den gleichen Bahnen wie bisher, doch wird von einigen Seiten über Zollschwierigkeiten bezüglich des Exportes nach Frankreich, Rußland und Portugal geklagt; nach dem Bericht einer großen Firma hat auch die Kaufkraft Rußlands im verflossenen Jahre nachgelassen. Vom Ausland sind es die großen, glatten Aufträge, welche das Geschäft im Gegensatz zu Deutschland angenehm machen; auch die Zahlungsweise ist größtenteils eine viel leichtere und angenehmere als in Deutschland. Die ausländischen Kunden sind gewohnt, nach Verfall der Wechsel oder nach Vereinbarung die Fakturabeträge prompt zu bezahlen, während sich der Fabrikant bei deutschen Abnehmern vielfach kleinliche Ausreden und auch Abzüge gefallen lassen muß.

Ein großer Mißstand ist darin zu sehen, daß die Händler im ersten Halbjahr fast gar nichts einkaufen, im Juli und August wenig, daß aber dann im September die Bestellungen in so großer Anzahl eingeht, daß sie zum Teile nicht ausgeführt werden können. Das gilt besonders auch vom letzten Jahre. Von diesen Schilderungen der Vernunftwidrigkeit und Schlechtigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung bis zu der Forderung auf deren Abschaffung wäre nur ein kleiner Schritt, aber die Träger und Verteidiger derselben können natürlich diese Konsequenz nicht ziehen, diese Aufgabe obliegt der Arbeiterschaft, die auch das größte Interesse an einer

vernünftigen Gestaltung und Ordnung der Produktionsverhältnisse wie der Produktverteilung ohne Zwischenhandel hat.

Die Preise für Rohstoffe sind im allgemeinen dieselben geblieben, bis auf Messing, welches einen kleinen Preisabschlag erlitten hat. Der schlechte Geschäftsgang während des ersten Dreivierteljahrs hat zur Folge gehabt, daß in einzelnen Fabriken Betriebs Einschränkungen stattfanden, auch hat eine größere Uhrenfabrik 50 bis 60 Arbeiter entlassen müssen. Im übrigen konnte von Arbeiterentlassungen in größerem Umfang Abstand genommen werden. „Die Löhne sind im allgemeinen die gleichen geblieben, nur in wenigen Fällen und für einzelne Artikel trat geringe Reduktionen ein.“ Offenbar waren aber die vorgekommenen Lohnreduktionen nicht so harmlos und unbedeutend als sie hier beschönigend dargestellt werden.

Unter dem schlechten Geschäftsgang der Uhrenindustrie litt auch die Industrie der Uhrenbestandteile. Nur einzelne Berichte lauten nach den Mitteilungen der Handelskammer etwas günstiger, was mit der Herstellung von Spezialartikeln zusammenhängt. Eine Fabrik berichtet, daß trotz des schlechten Geschäftsganges sich der Ertrag um eine Kleinigkeit gebessert habe, was mit dem geringen Preisabschlag für Messing begründet wird. Im allgemeinen jedoch herrscht auch in dieser Branche eine starke Preisdrückerei. Die Uhrenbestandteilefabrikation leidet stark darunter, daß infolge der schlechten Verhältnisse in der Uhrenindustrie die Uhrenfabriken ihre Bestandteile zum großen Teile selbst fabrizieren. Durch Zusammenschluß der Zeigerfabrikanten im Monat November konnten die Preise für einzelne Zeigerarten, die vorher unter die Selbstkosten herabgedrückt waren, eine Aufbesserung erfahren.

Eine ausführliche Besprechung erfährt in dem Bericht die große Aktion des Zentralverbandes deutscher Uhrmacher gegen das Hausieren mit Uhren, das in der Gewerbeordnung bereits verboten ist, sowie gegen das Aufsuchen der Privatkundschaft zur Erlangung von Detailbestellungen auf Grund des Wandergewerbebescheins. Das auf die Taschenuhren beschränkte Verbot der Gewerbeordnung soll auf alle Sorten Uhren ausgedehnt und die Einrichtung des Wandergewerbebescheins soll ebenfalls illusorisch gemacht werden zu dem Zwecke, den Uhrenhandel zu monopolisieren. Wahrhaft erheitend wirkt angesichts der Tatsache, daß schon längst kein Uhrmacher mehr eine neue Uhr selbständig herstellt, sondern eine solche höchstens mit den von der Fabrik bezogenen Uhrenbestandteilen zusammenstellt, in der Regel aber die Uhrmacher „meister“ aus den Uhrenfabriken die fertigen Uhren beziehen und damit müßellosen, aber geminnreichen Handel treiben, der Schlußsatz der an den Bundesrat gerichteten Eingabe: „Die deutschen Uhrmacher, die als reichstreue Bürger bekannt sind, erhoffen durch die geeigneten Maßnahmen des hohen Bundesrats, der dem Kleingewerbe immer helfend zur Seite stand, auch in diesem Falle Hilfe, damit das schöne Handwerk der Uhrmacher nicht noch mehr in Verfall kommt.“

Die Willinger Handelskammer stellte sich im großen Ganzen auf den Standpunkt der kleingewerblichen Uhrmacher, aber ein völliges Verbot des Detailreisens mit Uhren bei Privatpersonen — also auch auf vorherige Bestellung hin — hält sie für unmöglich, „weil es eine Bevormundung des Publikums und einen Eingriff in das Recht der freien Entscheidung des einzelnen bedeuten würde“. Mit anderen Worten soll das wohl besagen, daß der „Reisende“, das heißt der Hausierer mit dem besseren Rode, auch in Zukunft soll hausieren dürfen, nicht aber der Hausierer mit dem Proletariertittel. Als Gegner des angestrebten Handelsmonopols sind wir für die Freiheit des Hausierens in besserem und geringeren Rode.

Soweit in den Fabrikinspektorenberichten Mitteilungen über die Geschäftslage der Uhrenindustrie enthalten sind, decken sie sich mit der Darstellung der Willinger Handelskammer. Die badische Fabrikinspektion berichtet, daß nach jahrelangem Zögern sich auch die Uhrenindustriellen in St. Georgen entschlossen haben, an Stelle der 10 1/2 stündigen Arbeitszeit die zehnstündige zu setzen. Die längere Arbeitszeit besteht jetzt nur noch in entlegenen Gegenden oder in ganz kleinen Anlagen, welche den Fortschritt mitzumachen noch nicht geneigt sind.

Weiter ist dem badischen Fabrikinspektorenbericht folgende Mitteilung zu entnehmen: „In einer Uhrenfabrik fand sich ein Gruppenakkordsystem in der Weise, daß der Gesamtlohn für die von der Gruppe zu leistende Arbeit mit dem Gruppenführer vereinbart wurde. Diesem blieb überlassen, ob er im Zeit- oder im Stücklohn die Arbeit von den Arbeitern seiner Gruppe ausführen lassen und wie hoch er in jedem Falle den Lohnsatz bemessen wollte. Er selbst zahlte an die Arbeiter der Gruppe den Lohn aus. Aus den Lohnbüchern der Fabrik konnte in einigen Fällen ein

auffallendes Mißverhältnis zwischen dem Verdienst des Gruppenführers und dem der übrigen Arbeiter festgestellt werden, woraus auf eine ungebührliche Ausnutzung der letzteren durch den Gruppenführer geschlossen werden mußte. Der Fabrik wurde empfohlen, die Verteilung und Auszahlung des verabreiteten Lohnes an die einzelnen Arbeiter selbst vorzunehmen, wie das auch in anderen Fabriken dieser Industrie geschieht, seitdem das geschilderte Verfahren oftmals zu Unzuträglichkeiten geführt hatte.“ Also Arbeiter als Ausbeuter von Arbeitern! Dieses ruchlose System ist daher überall energisch zu bekämpfen.

Der Aufsichtsbeamte des zweiten württembergischen Fabrikinspektionsbezirkes berichtet über die „christliche Organisation“ der Uhrenarbeiter: „Der christliche Uhrenindustriearbeiterverband Schwarzwaldb zählt in den beiden Ortsgruppen Schramberg und Lauterbach zusammen 93 Mitglieder. Über die Mitgliederzahl der Ortsgruppe Schwenningen dieses Verbandes wurde keine Angabe gemacht. Im Jahre 1900 hatte die Ortsgruppe in Schramberg 130 Mitglieder. Die Ortsgruppen in Schramberg und Lauterbach verausgabten im Jahre 1902 zusammen für Reiseunterstützungen 45 Mk. für Arbeitslosenunterstützungen 9 Mk. Über deren Vereinsleben wurde mitgeteilt, daß die in den Vereinsversammlungen gehaltenen Vorträge meist gewerkschaftlicher Natur gewesen seien und sonstige Unterhaltungen nicht stattgefunden haben. Die Ortsgruppe Schramberg hält ihre Diskussionsabende (im Winter einmal wöchentlich) in Gemeinschaft mit dem dortigen katholischen Arbeiterverein und Gesellenverein ab.“ Die christliche Uhrenarbeiterbewegung ist demnach seit 1900 nicht gewachsen, sondern im Gegenteil stark zurückgegangen. Im Bericht werden zwar die allgemeine Gewerkschaftsbewegung Mitteilungen gemacht, nicht aber über die gewerkschaftlichen Uhrenarbeiterorganisationen. Dem Deutschen Metallarbeiter-Verband gehören in Schramberg, Schwenningen, Willingen und Triberg zusammen 238 Mitglieder — wohl meistens Uhrenarbeiter — an.

Wit Recht wird in dem Jahresbericht der Willinger Handelskammer das große Interesse betont, das die Uhrenindustrie, die zirk dreiviertel ihrer Produktion ins Ausland absetzt, an dem Zustandekommen günstiger Handelsverträge hat, die das einzige Mittel bieten, die Vollendung der bereits begonnenen Verschleppung der Uhrenindustrie ins Ausland zu verhindern. Es wird auf die Verantwortung des deutschen Wuchertarifs durch entsprechende hohe neue Zolltarife seitens Österreichs und der Schweiz hingewiesen, die die Zölle auf Uhren so enorm erhöht haben, daß, wenn sie Gesetz würden, die Ausfuhr nach diesen Ländern vollständig aufhören müßte und den deutschen Fabrikanten nur der einzige Weg bliebe, die Uhrenindustrie selbst dorthin zu verschleppen. „Diesen Weg würden aber nur die leistungsfähigen, großen Fabriken einschlagen in der Lage sein, während die übrigen zu Grunde gehen müßten. Damit wäre einer blühenden Industrie, die vor mehr als 200 Jahren auf dem Schwarzwalde entstanden, daselbst bis zur höchsten Entwicklung gelangte und augenblicklich zirk 10 000 Arbeiter beschäftigt und von deren Existenz der Schwarzwalde geradezu abhängig ist, das Grab gegraben.“ Woraus wieder die ganze Größe des von ultramontankonservativ-nationalliberalen u. Überzöllnern in Gestalt des Wuchertarifs an dem arbeitenden Volke begangenen Verbrechen erhellt.

Ein Beitrag zur Kenntnis des Prämienystems.

(Schluß.)

Was nun das speziell in Rede stehende System anbelangt, so hat Mr. Barnes vor allen Dingen den Eindruck gewonnen, daß der Betrieb in Bethlehem vor der Einführung neuer Methoden, von welchen das Prämienystem doch wohl nur ein gewesen sei, sehr liebedürftig geleitet sein muß.

„Tatsächlich beruht die Abneigung der Arbeiter gegen die Akkordarbeit auf Erfahrung und der Urheber dieses neuen Systems scheint eifrig bemüht zu sein, seine Leser davon zu überzeugen, daß es keine Akkordarbeit sei, und zu derselben Zeit zeigt er, vielleicht unwissentlich, daß die schlimmsten Umstände der Akkordarbeit gerade mit diesem System verbunden sind.“

Mr. Barnes weist ferner nach, daß die Festsetzung einer bestimmten Zeit im Grunde auf nichts anderes hinausläuft als auf eine Festsetzung des Preises.

„Dann, ein wenig weiter unten, läßt er die Werkmeister an der Prämie teilnehmen, was mir gänzlich unrecht erscheint und wahrscheinlich zur Schwärze führen wird, wie es schon in anderen Industrien geschehen ist, besonders in der Textilindustrie. Dies ist in Wirklichkeit die Wiederführung des alten Stückmeistersystems, das vor 50 Jahren

in der Maschinenindustrie gebräuchlich war. Dann ist dort ein neues und meiner Meinung nach sehr schlimmes Element eingeführt in der Person des Anweisers (router), dessen Aufgabe nach meinem Erachten die ist, die Reihenfolge und die Art der verschiedenen einzelnen Vorrichtungen festzustellen. Die Folge dieser Anweisung wird natürlich sein, daß der Arbeiter jedes Rechtes beraubt wird, selbst zu bestimmen, wie er seine Arbeit machen will und daß er zu einem bloßen Automat herabgedrückt wird. . . . Tatsache ist, daß mir das Behlehenssystem nicht gefällt, und mir gefällt noch weniger die überlegene Art und Weise („superior person“ manner) des Arbeiters, es ins Werk zu setzen. Vor allen Dingen ist die Weise, wie diese Sachen gehandhabt werden, von höchster Wichtigkeit. Formelle Bürgschaften werden manchmal umgangen, oft werden die aufs heisse ausgedachten Systeme unwirksam gemacht, dagegen entstehen andererseits manches Mal, wenn die Sache in humaner Weise gehandhabt wird, gute Resultate ohne die geringsten formellen Garantien. Ich suche aber vergebens nach einer Spur von Humanität in diesem Vertrag. Statt dessen finde ich den Anweiser, die „automatische Bestrafung“ und — allgemein gesprochen — nichts als den Wunsch, die Arbeiter auf die höchste Spitze der Produktivität zu treiben ohne irgend welche Rücksicht auf ihre Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, auf die Kollegialität oder in sonst irgend einer Hinsicht. Die Arbeiter werden „verwendet“ („laid out“). Der englische Ausdruck hat einen noch etwas verächtlicheren Anstrich, „angewiesen“, „geleitet“ (regimented) und darauf abgesehen, eine Prämie als Zweck und Ziel des Lebens anzusehen, gerade so wie ein Esel dadurch zu stärkerer Anstrengung gezwungen wird, daß man ihm eine Rübe vor die Nase hängt und seinem Hinterteil mit einem dicken Knüttel „die Richtung anweist“.

Es tut mir leid, so schreiben zu müssen, weil ich einige Hoffnung auf das Prämienystem als ein Mittel zur Überwindung einiger der Schwierigkeiten in unserer Branche gesetzt hatte. Die Tatsache, daß dieses kostbare System in Amerika „Erfolg gehabt“ hat, beweist in meinen Augen sehr wenig. Dort gibt es viel, was „Erfolg gehabt“ hat, was aber nicht lange „Erfolg haben“ kann, es sei denn auf Kosten der Lebensdauer des Arbeiters. Und als einer aus der Arbeiterchaft glaube ich, daß industrielle Vorherrschaft auch zu teuer erkauft werden kann.

Soweit Mr. Barnes. Der Verfasser der Artikelserie erklärt sich teilweise mit ihm einverstanden, besonders in dem Teile des Briefes, der seine Mißbilligung darüber ausdrückt, daß durch dieses System dem Arbeiter die Möglichkeit genommen wird, selbständig über die ihm übertragenen Arbeiten zu disponieren.

Nun kann es zuweilen vorkommen, daß die Arbeiter dabei mehr verdienen als die Werkführer und die Vorarbeiter. Das darf nach den Ansichten sowohl des Verfassers als auch nach denen des Unternehmers nicht sein. Um dies zu vermeiden, wird vorgeschlagen, die Werkführer auch auf Prämien zu setzen, und zwar wird zur Berechnung derselben die durchschnittliche Zeiterparnis zu Grunde gelegt, die die ihnen unterstellten Arbeiter erzielen. Dies erscheint dem Verfasser als eine ausgezeichnete Einrichtung, weil dadurch nicht nur der obengenannte Zweck erreicht wird, sondern weil dadurch auch zugleich die Vorgesetzten angehalten werden, für genügende Beschäftigung ihrer Leute und für gute Beschaffenheit des Werkzeugs zu sorgen, sowie auch neue Mittel und Wege ausfindig zu machen, um Arbeitszeit zu ersparen. Auch hier soll natürlich das Rowansche System das beste sein, weil nach diesem die Arbeiter am wenigsten zu fürchten brauchen, daß die Zeit beschmitten würde und sie sich hierdurch veranlaßt sehen könnten, mit den Bestrebungen.

Zeit zu ersparen, nicht über einen gewissen Punkt hinauszuweisen. Es bedarf natürlich keiner weiteren Ausführungen, um nachzuweisen, daß dies Verfahren ebensoviel wert ist als die von Mr. Barnes getadelte Teilhaberschaft an der Prämie des Arbeiters.

Die Einwendungen der Arbeiter beruhen hauptsächlich auf der Furcht vor Veränderung der Grundzeit und späterer gänzlicher Einstellung der Prämienzahlung. Hierzu bemerkt der Verfasser:

„Mr. Barnes führte dies sehr eindringlich aus in seinem Briefe über das Behlehenssystem, den wir in unserem fünften Artikel veröffentlicht haben. Er fragte, was den Unternehmer, wenn er mit Hilfe des Systems die höchste Leistungsfähigkeit gewisser Arbeiter oder Maschinen herausgefunden habe, hindere, zur Akkordarbeit oder Lohnarbeit zurückzuführen und darauf zu bestehen, daß dieselbe Arbeitsmenge geliefert werde. Wir wissen recht wohl, daß die Ratgeber der Arbeiter (in Deutschland würde man sagen: die gewerksmäßigen Helfer, die sich von Arbeitergroßen mästen und nicht wert sind, den Namen Deutsche zu tragen; Tischhuch zerbrechen etc. Anmerkung des Übersetzers) sowohl an schlechte Arbeitgeber als an gute, sowohl an törichte als an kluge denken müssen. Wir können daher die von Mr. Barnes in seiner Frage ausgebrückte Befürchtung völlig mißfassen. Aber, obgleich wir nicht wagen wollen, zu behaupten, daß so etwas nicht vorkommen wird, so ist doch die Wahrscheinlichkeit, daß es geschehen wird, nicht sehr groß, und daß es in mehr als einer sehr beschränkten Anzahl von Betrieben geschehen wird, ist in hohem Grade unwahrscheinlich. Ein solches Verfahren würde nur von einem Unternehmer angewendet werden, der sehr blind gegen sein eigenes Interesse ist und gänzlich mißverstanden hat, worin die wirtschaftlichen Vorteile des Prämienystems liegen. Daß es solche Unternehmer gibt, können wir nicht leugnen, daß es deren viele sein können, möchten wir nicht glauben, und daß ihre Zahl täglich weniger und weniger wird, je mehr sich neue Ansichten im Geschäftswesen Bahn brechen, davon sind wir durchaus überzeugt. Wir glauben deswegen nicht, daß die Gewerkschaften mit derartigen Mißverständnissen ernsthaft zu kämpfen haben werden.“

Nach dem Rowanschen System soll die Gefahr von Kürzung der Grundzeit größer sein als nach dem Rowanschen. Ganz undenkbar ist es jedoch, daß das Behlehenssystem ohne Kürzungen angewendet wird, ja, es basiert geradezu auf solchen. Indessen kommt es, wie schon Mr. Barnes in seinem Briefe sehr richtig ausführte, weniger auf die Einzelheiten des Systems an als vielmehr darauf, daß das System human gehandhabt wird. In diesem Falle können die Arbeiter auch bei der nunmehr als unmodern geltenden Akkordarbeit noch gut verdienen, während umgekehrt das so sehr gelobte Rowansche System, das an einer Stelle des Buches sogar als ein „verkleideter Engel“ (an angel in disguise) bezeichnet wird, dem habgierigen Unternehmer immer noch ermöglichen kann, auch ohne Herabsetzung des Zeitlohns und ohne Kürzung der einmal festgesetzten Zeit den Arbeiter zu zwingen, an seinen Kräften Raubbau zu treiben, indem er einfach vom Arbeiter verlangt, unter allen Umständen eine Prämie von einer gewissen Höhe, vielleicht von 50 Prozent, die einer verdoppelten Arbeitsleistung entspricht, zu erzielen, wenn der Arbeiter nicht Gefahr laufen will, für minderwertig gehalten, in seinen Arbeitsbedingungen zurückgesetzt oder entlassen zu werden.

Der Verfasser ist der Ansicht, daß leistungsfähige Arbeiter wohl am liebsten in einem Betrieb arbeiten mögen, wo das Prämienystem herrscht und, was man nach seinen vorherigen

Ausführungen voraussetzen darf, anständig gehandhabt wird was nur dadurch geschehen kann, daß der Unternehmer sich vor Reduktion der Grundzeit hütet. Dagegen wird eingewendet, daß die Arbeiter in solchen Betrieben, wo die Zeit reichlich bewilligt ist, so daß sie verhältnismäßig leicht in Stande sind, die Arbeit in der Hälfte der Zeit fertig zu machen, sich aber dann wohl hüten werden, durch größere Anstrengung und dadurch erzielten Mehrverdienst den Unternehmer zu reizen, die Grundzeit zu verkürzen, daß also die Arbeiter die Arbeitsleistung über eine gewisse Grenze hinaus freiwillig nicht steigern werden, auch wenn die Möglichkeit wohl vorhanden ist. Der Verfasser meint, daß in den meisten Betrieben solche Fälle nur selten vorkommen werden und wenn dies doch geschähe, so könne man auch keine Ungerechtigkeit den Arbeitern gegenüber darin erblicken, daß die Grundzeit verkürzt würde. In solchen Fällen würden die Arbeiter wohl auch keine Einwendungen dagegen erheben. Dagegen meint er, daß derartige Kürzungen wohl eher auf Widerstand stoßen werden, wenn die Prämienarbeit erst allgemein sein wird wie es jetzt die Akkordarbeit ist. So wie der Verfasser sich ausgebrückt hat, erscheint mir seine Gedankenangst recht lüdenhaft. Danach scheint er sich gar nicht überlegt zu haben, was entstehen kann, wenn die Prämienarbeit erst allgemein und wenn dadurch in der über großen Mehrzahl von Betrieben die Arbeitsleistung ganz bedeutend gesteigert worden ist. Solange das System nur in wenigen Betrieben herrscht und nur wenige Unternehmer in der Lage sind, auf diese Weise ihre Profitrate zu vergrößern, sind diese Unternehmer auch im Stande, ihre Waren etwas billiger verkaufen zu können als die Konkurrenz. Sie sind dazu schon gezwungen, um für die sich schneller häufenden Waren genügenden Absatz zu finden. Um ebenfalls billig verkaufen zu können, sieht die Konkurrenz sich gezwungen, das gleiche Verfahren anzuwenden. Die Folge sind weitere Preisherabsetzungen, bis der Extraprofit schwindet und dann ist wieder die Zeit gekürzt, wo der Arbeiter die Kosten für den weiteren Wettkampf zu tragen hat, wenn ihm diese nicht gar schon vorher aufgebürdet worden sind. Immer raffinierter wird der Kapitalismus, um eine möglichst große Mehrwertrate aus dem Arbeiter herauszuholen.

Charakteristisch für den von dem Blatte, in welchem die Artikelserie erschienen ist, vertretenen Unternehmerstandpunkt ist noch folgende kleine Bemerkung:

„Eine andere Einwendung, die von einem Arbeiterführer gemacht worden ist, ist die, daß, wenn ein Arbeiter die Arbeit von zweien tun kann, einer betteln gehen müßte. Es ist nicht unsere Absicht, zu versuchen, auf diesen Einwurf zu antworten. Derselbe ist sowohl gegen die Stillschaltung als auch gegen jede Verbesserung erhoben worden, die in irgend einem Industriezweig eingeführt ist; Zeit und Erfahrung allein können den Arbeiter überzeugen, daß der Einwurf nicht triftig ist.“

Damit ist die Sache vom Unternehmerstandpunkt aus erledigt. Wenn bei steigender Konjunktur das Prämienystem dazu beiträgt, die Produktion auf eine Höhe zu treiben wie nie zuvor, wenn dann über kurz oder lang der Absatz der Waren immer schwieriger wird und die Unternehmer immer noch mehr bestrebt sind, so viel wie möglich an den Mann zu bringen und zu dem Zwecke die Preise herabzusetzen, wofür sie sich dann wieder schadlos halten, indem sie die Arbeitslöhne drücken, was wieder den Arbeiter veranlaßt, sich aufs äußerste anzustrengen, noch rückwärts losen mit seinen Kräften und seiner Gesundheit zu wirtschaften, wenn wir durch diese anarchistische Wirtschaftsweise in Verbindung mit unserer famosen governementalen Wirtschaftspolitik glücklich wieder bei einer Wirtschaftskrise an-

Die kanadische Nickelindustrie.

(Nachdruck verboten.)

ATK. Immer stärker wächst die Nachfrage nach Nickelstahl-Legierungen, aber immer deutlicher, namentlich im Schiffbau, tritt auch die Forderung nach Verringerung des Gewichts hervor. Diese Forderung ist die naturgemäße Folge des Bestrebens, die Bleche oder Platten in den verschiedenen Substanzen in immer größerer Menge anzuwenden, um die vorzüglichsten Festigkeitseigenschaften in möglichst vollkommener Weise auszunutzen. Man darf hier nicht allem an die Panzerplatten-Fabrikation denken, dem Nickelstahl wird heute zu sehr mannigfachen Zwecken verwendet. Schon auf der letzten Pariser Weltausstellung sah man in großen Mengen Bleche, Stäbe, Ständer, Ständer für Dampfmaschinen, getriebene Solomotivmaschinen, darunter eine große Reihe interessanter Stücke, welche bereits einen längeren, angelegteren Betrieb ohne Schaden überstanden hatten. Eine wirklich umfassende Anwendung dieser Legierung wird aber erst eintreten, wenn der Preis des Nickels sich normalisiert. Es ist dies nicht ausgeschlossen, da wohl ein höherer Ertrag der Erze erzielt, die Produktion gesteigert und unter Umständen auch wohlfeiler betrieben werden kann. Leider ist die ganze Frage, wie im „Engineering“ des Näheren ausgeführt wird, dadurch sehr kompliziert, daß die in Betracht kommenden Gesellschaften größtenteils im Eisenwerken handeln, bezw. industrielle Vereinigungen geschlossen haben, welche natürlich für die Preisbildung des Nickels von entscheidender Bedeutung sind.

Die mit einem Kapital von 150 Millionen Mk. gebildete „International Nickel Company“ hat einige der großen produzierenden Gesellschaften Kanadas für sich gewonnen, während sie gleichzeitig in ein fremdbesitzliches Eisenwerk mit der französischen „Societe de Nickel“ getreten ist, welcher die übrigen ausgebelegten nickelproduzierenden Minen in Neu-Schottland gehören. Dieses Arrangement bedeutet die Regalisierung der Preise und Produktion und die Begrenzung der Absatzgebiete für die einzelnen Gesellschaften. Zum Glück für die Zukunft jedoch gibt es noch ausgedehnte Minen und Werke, welche nicht durch die „Dominion“ kontrolliert werden; es ist in der Tat konstatiert worden, daß nicht mehr als ein Viertel der bekannten Nickelminerale in der ausgebelegten Sudbury-Region Kanadas in den Besitz der neuen Vereinigung übergegangen ist. Außerdem hat die Erfahrung gelehrt, daß es außerordentlich schwierig ist, einen Teil der mit der Produktion des Nickels beschäftigten Substantien zu einem Spezialisten-Ring zu vereinigen, wenn viele, die noch einen bedeutenden Einfluß auf die Weltproduktion gewinnen können, außerhalb des Ringes stehen. Dieser Ring, der bisher an der Produktion nicht teilzunehmen konnten, da die Produktionskosten wünschenswert den Weltmarktpreis übersteigen — denn die Produktionskosten sind natürlich von dem Gehalt der Erze, von lokalen Verhältnissen und hundert anderen Dingen abhängig — müssen naturgemäß durch jedes bedeutende Steigen der Preise in die vorherige Reihe gelangen, da sie ihr Produkt nun mit Nutzen verkaufen können, nach dem ihr Preis noch etwas niedriger dem vom Ring festgesetzten Preis verbleibt. Sie würden also dem Spezialisten-Ring die unpopulärsten Konturen bieten.

Als allen diesen Gründen ist es interessant, die allgemeine Lage der Nickelindustrie in Kanada zu untersuchen. Die erforderlichen

Daten finden wir in dem kürzlich von dem „Bureau of Mines of Ontario“ veröffentlichten Bericht für 1902. Die „Canadian and Oxford Copper Companies“, welche mit der „International Nickel Company“ vereinigt sind, sind noch die bedeutendsten Nickel produzierenden Unternehmungen in Kanada. Die Minen und Werke der kanadischen Gesellschaft sind seit etwa 15 Jahren im Betrieb. Ihre Hauptwerke befinden sich in Copper Cliff, welches 18000 Morgen in Ontario einnimmt. Die Gesellschaft hat im vergangenen Jahre ein immenses Lager von nickelhaltigen Pyrrhotit und Kupfer-Pyriten erschlossen, welches als die Greighton-Mine bekannt ist. Dieses Lager liegt 18 Kilometer von dem Hauptbesitz der Gesellschaft entfernt und der Betrieb desselben wurde durch die Verlängerung der Eisenbahn von Sudbury ermöglicht. Die Arbeit begann im Juli 1900, die Verladung des Erzes im Juli 1901, und jetzt produziert die an der Tagesoberfläche liegende Anlage täglich 600 bis 600 Tonnen, welche nach den Höfen in Copper Cliff gesandt werden. Das Erzlager nimmt eine Fläche von etwa 330 Metern Länge und 120 Metern Breite ein. Die Ausrüstung umfaßt zwei große Zerleerungsmaschinen mit einer täglichen Gesamtkapazität von etwa 600 Tonnen, eine kleinere Maschine für feinkörnige Erze und die gewöhnliche Sieb- und Sortiermaschine. In den großen Zagebauten der Gesellschaft bei Copper Cliff ist die Qualität des Erzes gleichmäßig gut, und man hat ein anderes großes Lager der gleichen Qualität gefunden. Die Erzforschung wird in einem Umkreis von 30 bis 75 Kilometern von Copper Cliff fortgesetzt. Das gefundene Erz besteht aus einer Mischung von nickelhaltigen Pyrrhotit, Pentlandit, Chalcopyrit und Sphalerit. Das Nickel kommt in zwei Formen vor — erstens als das eigentliche Nickel, Pentlandit, ein bronzefarbenes Mineral, welches etwa 35 Prozent Nickel, 35 Prozent Schwefel und 30 Prozent Eisen führt. Die zweite Form des Nickels erscheint als ein fremdes Element im Pyrrhotit, in welchem es oft etwa drei Prozent des Eisens ersetzt. Das Höfenverfahren beansprucht 10 bis 12 Wochen. Das Erz erfordert nach dem Höfen zum Schmelzen etwa ein Sechstel seines Gewichtes in Kohle. Der Rest, das Produkt nach dem Schmelzen, enthält etwa 17 1/2 Prozent Kupfer, 17 1/2 Prozent Nickel, 25 bis 30 Prozent Eisen und 20 bis 30 Prozent Schwefel. Die Schmelzanlage besteht aus 14 Öfen.

Es sind kürzlich bei Copper Cliff ausgebelegte Schmelzwerke entstanden worden, welche zur wünschenswerten Behandlung des in den Schmelzöfen produzierten geringwertigen Erzes bestimmt sind. Das Resultat ist, daß der Metallgehalt von 30 auf etwa 70 Prozent erhöht wird. Dieses höchst erfreuliche Resultat ist durch Brechen, Mahlen, Kalzinieren und nachmaliges Schmelzen des Erzes erzielt worden, wodurch man einen großen Teil der feineren und erdigen Bestandteile, ferner Eisen und Schwefel entfernt, so daß man ein Produkt erhält, welches dem Schmelz- und Separationspunkt der Metalle viel näher steht. Um das Separieren des Kupfers und Nickels zu vollenden, wird dieses Material nach New-Jersey gesandt. Das Verfahren umfaßt eine Reihe von Schmelzungen mit verschiedenen Alkalien, worauf eine elektrolytische Behandlung zur Gewinnung reinen Nickels folgt.

Eine der wichtigsten, außerhalb der Kombination stehenden Gesellschaften ist die „Lond Nickel Company“, deren Minen in Victoria während des letzten Jahres bedeutend entwickelt worden sind, da der Bessemer-Prozess zum Feinern des Erzes eingeführt worden ist.

Das Produkt ist von hoher Qualität und enthält etwa 80 Prozent metallischer Bestandteile, Nickel und Kupfer zu gleichen Teilen; das Eisen in dem Erz wird gleichzeitig völlig ausgeschieden. Dieses Erz wird nach den Vereinigten Staaten gebracht, wo es in den Swansea-Werken durch Dr. Mond's eigenes Verfahren raffiniert wird. Die mit vortrefflichen Maschinen ausgestattete Victoria-Zage-Anlage, der Höfhoft und die Schmelzöfen gestalten die tägliche Behandlung von 125 bis 150 Tonnen Erz. Und der Abbau wird in sehr umfassender und ökonomischer Weise betrieben. Die Anlage für komprimierte Luft hat eine Kapazität zum Betrieb von 16 Bohrern, doch ist auch eine Zentrale für elektrischen Betrieb vorhanden.

Außerhalb der Vereinigung steht auch die „Lake Superior Power Company“, deren Vorarbeiten so weit vorgeschritten sind, daß mit der Produktion baldigst begonnen werden dürfte. Außerdem sind die sehr bedeutenden Gertrude- und Eise-Minen erschlossen worden. Von Hand geschiedenes Erz aus der Gertrude-Mine, welches wenig oder kein Kupfer enthält, wird zur Behandlung nach den Reduktionswerken der Gesellschaft in Sault St. Marie gebracht. Ferner sind da die „Nickel Copper Company“, deren Werke in Hamilton zur Anwendung des Frasch-Raffinier-Verfahrens noch nicht in Betrieb gesetzt worden sind, die „Dominion Mineral Company“ und G. H. Vivian & Co., welche letztere Mineralfelder und Schmelzwerke in der Sudbury-Region besitzen, und endlich die „Great Lakes Company“. Man sieht also, daß der Ring noch keineswegs alles Nickel in diesem Distrikt Kanadas in der Gewalt hat. Wie im Regierungsbericht ausgeführt wird, ist viel Raum für die Tätigkeit selbständiger Gesellschaften vorhanden.

Während der letzten zehn Jahre sind in Ontario 1306722 Tonnen Nickel, Kupfer und Kupfererz, welches 26606 Tonnen Nickelmetall und 28070 Tonnen Kupfermetall ergab, produziert worden. Der Wert des Nickels beträgt mehr als 80 Millionen Mk. und der Wert des Kupfers fast 25 Millionen Mk. Die Entwicklung ist viel bedeutender während der letzten fünf Jahre als in der ersten Hälfte des Jahrzehnts gewesen. So stieg in den Jahren 1897 bis 1901 das jährlich gewonnene Erz fast um das Vierfache — nämlich von 93155 auf 326945 Tonnen — während in den ersten fünf Jahren die Zunahme nur 72319 bis 93155 Tonnen betrug. Die auffallendste Entwicklung aber fand in der Produktion von Erz hoher Qualität statt, welche sich 1897 nur auf 328 Tonnen belief, während dieselbe im letzten Jahre 15546 Tonnen betrug. Der Gewinn des Nickels aus dem Erz hat sich in den letzten fünf Jahren mehr als verdoppelt; er stieg von 1999 Tonnen auf 4441 Tonnen — während die Kupfererträge von 2750 auf 4197 Tonnen gestiegen sind. Der Wert des produzierten Nickels ist von etwa 1440000 Mark auf 7440000 Mk. gestiegen, während der Wert des gewonnenen Kupfers fast um das Dreifache zugenommen hat. Dieser stieg nämlich von 800000 Mk. auf 2360000 Mk. Der Gesamtwert der Produkte im Jahre 1897 betrug 2240000 Mk., wogegen derselbe im letzten Jahre 9800000 Mk. ausmachte. Das Nickel steht daher, soweit die Höhe der Produktion in Betracht kommt, an erster Stelle unter den in Ontario gewonnenen Mineralien, und im Jahre 1901 ist der höchste bisher erreichte Betrag erzielt worden. Die Sachverständigen behaupten jedoch mit großer Zuversicht, daß sowohl die Erzförderung wie die Ausbeutung der Erze in den nächsten Jahren noch bedeutend gesteigert werden wird.

gelangt sind, einerlei ob es dabei zu einem plötzlichen Krach kommt oder nicht, wenn dann die Arbeiter scharenweise arbeitslos werden und die noch in Arbeit stehenden sich glücklich schätzen dürfen, daß sie noch zu Hungerlöhnen arbeiten dürfen und beide, Arbeitslose wie Arbeitende, sich sagen müssen, daß auch sie gezwungen gewesen sind, diesen herrlichen Zustand mit herbeizuführen, dann können sie sich „überzeugen, daß der Einwand nicht triftig ist“.

Das Buch enthält als Anhang zwei Artikel aus dem Engineer, die im Herbst vorigen Jahres erschienen sind und sich mit dem Abkommen zwischen den Vorständen der Engineering Employers' Federation und der Amalgamated Society of Engineers beschäftigen. Der Wortlaut des Abkommens ist bereits auf Seite 315 der Deutschen Metallarbeiter-Zeitung vom vorigen Jahre mitgeteilt worden, später noch einmal von Bernstein im Dezemberheft der Sozialistischen Monatshefte. Der zweite Artikel teilt mit, daß der Vorstand der genannten Arbeiterorganisation wiederholt heftigen Angriffen von Seiten der Arbeiterchaft ausgesetzt gewesen ist, weil er einem solchen Abkommen seine Zustimmung gegeben hat. Bekanntlich hat Mr. Sidney Webb sich veranlaßt gesehen, dem Vorstand hilfreich beizupringen, indem er ihm den Brief schrieb, in welchem er das Vorgehen des Vorstandes lobt und ausführt, daß er sich vom Prämienystem besonders große Vorteile für die Arbeiterchaft verspricht (Hinweis darauf Deutsche Metallarbeiter-Zeitung 1902, Seite 386. Im Wortlaut übersezt von Bernstein, Sozialistische Monatshefte 1902, Dezember). Daß Webb sich für das Prämienystem ausspricht, gefällt dem Verfasser des Artikels im Engineer natürlich ganz besonders, weil er infolgedessen einen geringeren Widerstand von Seiten der Arbeiterchaft dagegen erwartet. Auch hier wird betont, daß es besser sei, das System nicht einzuführen, wenn es bei der Arbeiterchaft auf Widerstand stößt. Wider ein Unterschied gegenüber der deutschen Unternehmerverschaffung! Diese wird bekanntlich nicht müde, dem Unternehmer zu predigen, daß er „Herr im Hause“ sei.

Da das in diesen Zeilen besprochene Buch mit einer Betrachtung über einen Teil des Webb'schen Briefes schließt, sei es mir ebenfalls erlaubt, über den letzteren ein paar Worte zu verlieren. Es würde zu weit führen, wollte ich hier den Raum des Blattes noch zu einer zweiten Übersehung des Briefes in Anspruch nehmen, zumal Bernstein bereits eine Übersehung in dem genannten Heft der Sozialistischen Monatshefte gebracht hat. Ich kann auch aus dem Grunde auf eine wörtliche Übersehung verzichten, da die Rundgebung Webb's meiner Ansicht nach nur deswegen Beachtung gefunden hat, weil sie von dem Träger eines berühmten Namens herrührt. Webb hält einen Stücklohn, der nach dauernd gültigen Tarifen geregelt ist, für das beste Lohnsystem. Da dies im Maschinenbaugewerbe aber vorläufig nicht durchzuführen ist, hält Webb das Prämienystem für das beste Aushilfsmittel. So wie gegenwärtig die Akkordarbeit gehandhabt wird, gefällt sie ihm nicht. Für den Zeitlohn hat er nur einige verächtliche Bemerkungen übrig. Wahrhaft kostbar ist der Satz: „Sie (die Zeitlohnarbeit) führt immer zu Mißtrauen, auch wenn kein wirklicher Betrug vorliegt.“ Dem stehen die hundertfachen Erfahrungen der Arbeiter entgegen, wonach ein bislang gutes Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter geführt worden ist durch die Einführung von Akkordarbeit. Dann gab es in Hülle und Fülle gegenseitige Verdächtigungen nicht nur zwischen Unternehmer und Arbeiter, sondern auch zwischen den Arbeitern untereinander, wobei es denn nicht selten zu sehr wirklichen Betrügereien kam. Begünstigungen einzelner Arbeiter gegenüber anderen sind unter allen Lohnsystemen möglich. Wohl aber ist beim Zeitlohn allerlei Mogeleyen nicht so sehr Tür und Tor geöffnet wie beim Akkordsystem oder dem Prämienystem. Ferner schreibt Mr. Webb, daß der Unternehmer sich durch unablässige Aufpasserei und Zerteilung eines bestimmten Arbeitspensums (tasking) gegen Bummel zu sichern bestrebt sein werde. Ja, ist denn die Akkordarbeit oder die Prämienarbeit etwas anderes als Pensumarbeit? Ist der Arbeiter unter diesen Systemen auch nur um ein Geringes freier? Die Unternehmer behaupten das zwar, aber man frage den ersten besten Arbeiter, der in einer Fabrik von durchschnittlicher Güte beschäftigt ist. Dessen Antwort wird wesentlich anders lauten. Der einzige Unterschied ist der, daß der Aufseher durch die Hungerpeitsche erzeit ist. Auch Schippel führt in seinem bereits genannten Artikel aus, daß bei der Akkordarbeit der Arbeiter seinen Antreiber in der eigenen Brust habe wie jeder Preuße seinen Gendarmen. Weiteres über diese Sorte Freiheit in meinem Artikel „Über Akkord- und andere Mordarbeit“. Tatsache ist, daß bei der Akkordarbeit der Preis, bei der Prämienarbeit die Zeit so berechnet wird, daß eine bestimmte Tagesleistung von Seiten des Arbeiters vorausgesetzt wird. Das ist zwar eine etwas mehr verschleierte, aber im Effekt nicht minder brutale Form der Pensumarbeit. Wer nach diesen Systemen sein Pensum nicht leisten kann, läuft ebenjotig Gefahr, auf's Pflaster gesetzt zu werden, wie beim Zeitlohn. Mir liegt ein Brief von einem schottischen Kollegen, der über das Prämienystem und die Erfahrungen, die die englischen Arbeiter damit gemacht haben, vorzüglich unterrichtet ist und den ich deswegen um einige Mitteilungen darüber bat, vor. Derselbe schreibt speziell über diesen Punkt: „Was auch zu gunsten des Rowan'schen Systems oder irgend eines anderen gesagt werden mag, das Prämienystem wird schließlich zur Pensumarbeit (the Premium Bonus ultimately becomes task work), ebenso wie es die brüderlichen Gefühle der Arbeiter, die so notwendig für die Entwicklung des Gewerkschaftswesens sind, tötet.“

Es gereicht ferner Mr. Webb zu hoher Befriedigung, daß in der erwähnten Abmachung der Normallohn aufrecht erhalten bleibt. Wie schon das Zitat aus dem Briefe von Mr. Barnes gezeigt hat, ist der von den Organisationen für die verschiedenen Distrikte festgesetzte Normallohn bedeutend niedriger als der, der den geschickteren Arbeitern gezahlt wird. Er wird also nach der Leistung der minder geschickten festgesetzt. Nichtsdestoweniger hat das Prämienystem nach

dem Briefe meines schottischen Gewährsmannes einen schlechten Einfluß auf die Aufrechterhaltung des Minimallohns ausgeübt. Das stimmt ebenfalls überein mit einer von einem Mitglied verfaßten, in dem Märzheft des Verbandsorgans veröffentlichten Zuschrift, worin der Verfasser sich in heftigen Ausfällen nicht nur gegen Mr. Webb, sondern auch gegen die Verbandsbeamten ergeht. Der Verfasser wendet sich besonders gegen die Behauptung des Mr. Webb, daß der Normallohn gesichert sei. Er sagt: „Fragt den Mann am Schraubstock oder an der Maschine, ob künftigen Lohnkürzungen vorgebeugt oder ob der Normallohn gesichert ist. Er wurde kurz vor Einführung des Prämienystems in diesem Distrikt verführt, während noch Verhandlungen schwebten, um gleichen Lohn für gleiche Anstrengung zu sichern! Dies im 20. Jahrhundert!“ Interessant ist ferner die in dem erwähnten Briefe enthaltene Mitteilung, daß der Maschinenbauerverband mit der Unternehmerföderation zwar das Abkommen getroffen habe, wonach den Unternehmern bei der Einführung des Systems nach Maßgabe der in dem Abkommen festgesetzten Bedingungen nichts in den Weg gelegt werden soll, daß jedoch die Arbeiter eine so allgemeine Opposition dagegen gemacht haben, daß tatsächlich die weitere Verbreitung des Systems dadurch verhindert worden sei. Das klingt ein wenig anders als man von anderer Seite zu hören gewohnt ist.

Ferner hat das System einen schlechten Einfluß auf das Gewerkschaftswesen im ganzen ausgeübt und das nicht am wenigsten bei der als Musterorganisation geltenden Amalgamated Society of Engineers. Es wirkt demnach nicht nur auf schwache, sondern auch auf starke Organisationen zerlegend.

Wenn es nun schon in England so aussieht, wie mag es dann in Deutschland mit seinem bedeutend rücksichts- und einflussloseren Unternehmertum aussehen! Nun, Beispiele davon liegen genug vor. Siehe die verschiedenen Korrespondenzen, die in diesen Spalten veröffentlicht worden sind, ferner den letzten Jahresbericht der Berliner Ortsverwaltung unseres Verbandes.

Was jetzt hat also das Prämienystem allem Anschein nach nur einen schlimmen Einfluß auf die Arbeitsverhältnisse ausgeübt. Es ist ja möglich, daß bei weiterem Umfanggreifen des Systems sich unter den Arbeitern auch eine so allgemeine Reaktion gegen seine korrumpierenden Wirkungen geltend machen wird, daß, wenn auch nicht die Abschaffung des Systems selbst, so doch eine Milderung seiner schlimmen Seiten die Folge sein und sich auf diese Weise auf eine Zeitlang ein modus vivendi schaffen lassen wird.

Der Vorstand der Amalgamated Society of Engineers hat sich übrigens 1895 noch sehr energisch zu gunsten des Zeitlohns ausgesprochen und alle anderen Lohnsysteme, einerlei, unter welcher Verkleidung und mit welchem hochklingenden Namen sie aufstreten mögen, für nichts weiter als verschiedene Leute ein veraltetes, auf oberflächlicher Dogmatik beruhender Standpunkt sein. Demzufolge taugt auch — wie bereits ausgesprochen ist — die 1891 auf dem Brüsseler Internationalen Arbeiterkongress angenommene Resolution betreffend die Akkordarbeit nicht. Sie soll vielmehr geeignet sein, Arbeiter, die gezwungen sind, im Akkord zu arbeiten, an einer wirksamen Vertretung ihrer Interessen zu hindern. Es gibt freilich auch andere Leute, die sich erlauben, die unmaßgebliche Meinung zu äußern, daß die Arbeiter, die im Durchschnitt am wenigsten im stande sind bei der Akkordarbeit ihre Interessen wirksam zu vertreten, nämlich die unorganisierten, diese schlimme Resolution gar nicht einmal kennen und infolgedessen auch nicht durch sie geschädigt werden können, und daß der Arbeiter, der sie kennt und seine Interessen nicht zu vertreten im stande ist, weniger durch die Resolution als durch andere Umstände daran gehindert ist. Es ist klar, daß die Resolution erweiternd und in einigen nebenfälligen Punkten ein wenig anders aussehen würde, wenn sie heute erst beschlossen worden wäre. Im übrigen bin auch ich aber der Meinung, daß die Brüsseler Resolution auch heute noch in ihren tatsächlichen Feststellungen unanfechtbar ist und daß die in dem vorletzten Absatz enthaltene Aufforderung an die organisierten Arbeiter, sich der Ausbreitung der Akkordarbeit zu widersetzen (was natürlich mit dem Körnchen Salz zu verstehen ist, daß der Kampf nicht Opfer erfordern darf, die zu dem Errungenen in keinem guten Verhältnis stehen), immerhin noch recht zeitgemäß ist, daß höchstens noch ein ähnlicher Hinweis auf die Gewinnbeteiligung, das Prämienystem und ähnliche Methoden der Ausbeutung großen Stiles fehlt.

Man hat die Sache der Akkord- und der Prämienarbeit mit der des technischen Fortschritts verquidelt, ja, letzterer soll nach einigen zum größten Teile erst mit Hilfe der Akkordarbeit möglich geworden sein, und zwar sind es nicht nur die Unternehmer und deren Freunde, die das behaupten. Dasselbe sagt man jetzt vom Prämienystem. Damit ist indessen noch keineswegs bewiesen, daß auf andere Weise der technische Fortschritt nicht möglich gewesen wäre. Wenn diese Sorte Logik gelten soll, dann verlangt die Konsequenz, daß wir auch den Militarismus und besonders den Marinismus gutheißen, denn auch diese beiden lieblichen Errungenschaften moderner Kultur haben zum Beispiel an die Metallindustrie sehr hohe Anforderungen gestellt und sind dadurch die Ursache von manchen technischen Fortschritten gewesen, wovon ein Bruchteilchen sogar für friedliche Zwecke nutzbar geworden ist. Andererseits darf man aber auch annehmen, daß in manchem Industriezweig der Fortschritt größer und vor allen Dingen schneller gewesen wäre, wenn nicht durch die Akkordarbeit die Löhne künstlich niedergehalten worden wären.

Die Akkordarbeit und noch mehr die Prämienarbeit sind und bleiben darum nichts weiter als höhere Formen der Ausbeutung, die, wenn sie von den Arbeitern ohne Widerstand in der ihnen von den Unternehmern angebotenen Form angenommen würden, zweifellos zur Verelendung der Arbeiterklasse führen müßten. Wo daher das Prämienystem mit Aussicht auf Erfolg abgewehrt werden kann, da soll man es tun.

August Quitt.

Der vierte österreichische Gewerkschaftskongress.

begann am Montag den 2. Juni, im Wiener Arbeiterheim feierlich. Erschienen waren 195 Delegierte von denen 155 fremdberichtig sind; diese vertreten insgesamt 88212 Mitglieder. 40 Delegierte haben nur beratende Stimme. Die tschechischen ungarischen Gewerkschaftsorganisationen sind durch Delegierte vertreten; die deutsche Generalkommission hat 33311 als ihre Vertreter entsandt. Von der österreichischen Parteileitung ist Genosse Viktor Adler, von der sozialistischen Fraktion des Abgeordnetenhauses Genosse Fernerstorfer amwesend.

Nach den üblichen Begrüßungen gibt der Vorsitzende der österreichischen Gewerkschaftskommission über noch einige mündliche Erläuterungen zu dem gedruckt vorliegenden Bericht der Kommission. Die Debatten des ersten Tages werden ausgefüllt mit den Diskussionen, die zwischen dem Verband der Metallarbeiter und dem Reichsverein der Eisenarbeiter schweben. Im Jahre 1898 wurde der Beschluß gefaßt, die bestehenden Verbände der Metallbranche in einem Industrieverband zu vereinigen. Dieser Verband besteht jetzt unter dem Namen „Österreichischer Metallarbeiter-Verband“. Die Eisenarbeiter haben sich den Beschluß der Gewerkschaftskongresse nicht gefügt und überall Sondervereinigungen gegründet bezw. einen Reichsverein der Eisenarbeiter gebildet. Die Verhandlungen, bei denen die Gewerkschaftskommission die Vermittlerrolle gespielt, haben zu einer Verständigung nicht geführt und gemeinen Gewerkschaftsbund erfolgt. Dieser Ausschluß wird vom Kongress in namentlicher Abstimmung mit 77139 gegen 6695 Stimmen gutgeheißen. Die Vertreter der Eisenarbeiter erklären schließlich zu neuen Verhandlungen mit dem Metallarbeiter-Verband bereit zu sein.

Der zweite Verhandlungstag begann mit einem Bericht von Smitta über die Tätigkeit des „Ständigen Arbeitsrats“. Die vom Handelsministerium geschaffene Korporation besteht aus Vertretern der Regierung, der Unternehmer und der Arbeiter. Im Laufe der Berichtsperiode sind Untersuchungen angefaßt worden über die Heimarbeit, sodann über die Lage des Schuhmachergewerbes. Beschlüsse wurden, die Verhältnisse der Bergarbeiter im Ötztal Revier statistisch festzustellen. Dieser Aufgabe wurden seitens der Unternehmer große Schwierigkeiten entgegengestellt. Zunächst verlangten die Kohlenbarone dieses Reviers, daß die Untersuchungen sich auf alle Gewerbe im Revier beziehen müßten. Ferner behaupteten sie in einer Eingabe, daß der Beirat kein Verständnis für die bergbäulichen Verhältnisse habe. Hiergegen mußte die Regierung, die diese Körperschaft selbst geschaffen, protestieren, und so kamen die Erhebungen in Gang, es wurden 80000 Vergleute persönlich vernommen, das Material ist aber noch nicht veröffentlicht. Der Beirat befaßte sich auch mit der Regelung der Arbeitsvermittlung. Die Anträge der Arbeitervertreter, daß die Arbeiter die Vermittlung allein besorgen, daß die Arbeitsvermittlung der Gewerkschaften nicht beschränkt und daß die gewerbmäßige Stellenvermittlung vollständig beseitigt werde, wurden zwar nicht angenommen, aber der Arbeitsbeirat hat doch mehrere Bestimmungen getroffen, die die größten Wünsche der privaten Stellenvermittlung zu befriedigen geeignet sind. Den paritätischen Arbeitsnachweifen müssen Streiks sofort gemeldet werden. Der so zustande gekommene Entwurf hat noch keine Gesetzeskraft erlangt. Der Arbeitsbeirat hat ferner Gutachten abzugeben gehabt über Arbeiterwohnungen, über Arbeitslöhne, Arbeitszeit, Kündigungsfristen und Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Ferner hat er mitgewirkt bei Gesetzesentwürfen betr. die Abänderung der Gewerbeordnung; besonders handelte es sich um Regelung der Beurlaubungsfrage. Schließlich hat der Beirat eine Arbeitslosenstatistik vorbereitet. Der Berichterstatter schließt: Wenn auch Positives durch den Arbeitsbeirat noch nicht erreicht sei, so sei es doch Pflicht der Arbeitervertreter, darin auszuharren und mitzuarbeiten, namentlich die Sozialdemokratie im Parlament noch so wenig vertreten sei wie bisher.

Ueber die Unfallverhütungskommission referiert Siegel. Diese Kommission ist zusammengesetzt aus Vertretern der industriellen Technik, der Unfallversicherungsanstalten, ferner aus neun Unternehmern und drei Arbeitern. Es seien Bestimmungen getroffen worden zur Verhütung von Hochbauten, die keramischen Gewerbe bei der Bearbeitung von Blei u. s. w., aber Gesetzeskraft haben diese Bestimmungen noch nicht erhalten.

Über berichtet über den Wasserstraßenbeirat, der auf Grund des Gesetzes vom 11. Juni 1901 geschaffen ist. In demselben sind Handel, Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft und Arbeiterchaft vertreten. Aufgabe dieser Körperschaft ist, die geplanten Kanäle der Donau, Oder und Elbe vorzubereiten. Die Vertreter der Arbeiterchaft haben sich bemüht, günstige Arbeitsbedingungen für die bei dem Bau dieser Wasserstraßen zu beschäftigten Arbeiter durchzusetzen. Zu diesen Referaten werden eine Reihe Beschlüsse gefaßt; u. a. wird ein Antrag angenommen, welcher die Einbeziehung des ganzen Kleinergewerbes unter das Unfallversicherungsgesetz verlangt. Ferner wird beschlossen, die vollständige Sonntagsruhe im Warenhandel zu verlangen. Schließlich wird die Gewerkschaftskommission und die sozialistische Parteileitung beauftragt, eine Novelle zur Gewerbeordnung auszuarbeiten, die einen umfassenden Arbeiterschutz enthält.

Es folgt sodann ein Referat Hübers über Agitation und Organisation.

Am dritten Verhandlungstag begann die Debatte über den Punkt Agitation und Organisation. Aus demselben haben wir einige interessante Ausführungen von Fr. H. Wien hervor über die Organisationen der Jugendlichen. Es sind dies Vereinigungen von Lehrlingen und haben namentlich die Aufgabe, für Fortbildung der Lehrlinge und den Lehrlingschutz zu sorgen. Der Wiener Verein hat 10 Ortsgruppen und 3 Jahrgänge; in den Wintermonaten war ein Mitgliederstand von 1100 zu verzeichnen. Die Einnahmen betragen bei einem Beitrag von nur 20 Heller pro Monat 3440 Kronen. In Wien allein wurden im letzten Winter 57 große öffentliche Versammlungen abgehalten. Auch in der Provinz bestehen solche Jugendvereine und sind dieselben zu einem Reichsverein verschmolzen worden. Der Verband gibt ein Blatt heraus „Der jugendliche Arbeiter“, eine kleine aber gut geleitete Zeitung. Die Mannheimer deselben ist in 5000 Exemplaren erschienen. Der Kongress nahm eine Resolution an, in welcher die Gewerkschafter sich verpflichten, die Vereine der Jugendlichen zu unterstützen. Sodann gelang eine Anzahl Anträge zur Abstimmung, welche sich auf das Organisationsstatut beziehen. Danach sollen einer rascheren Verschmelzung der kleinen Branchengewerkschaften mit den Zentralverbänden die Wege geebnet werden. Auch wird ein Antrag angenommen, welcher bestimmt, daß Neugründungen von Gewerkschaftsblättern nur mit Genehmigung der Gewerkschaftskommission vorgenommen werden dürfen.

Zur Verhandlung kommt sodann die Verabsolung der Eisenbahnerorganisation. Der österreichische Eisenbahnerverband wird seit seinem Bestehen sowohl vom Eisenbahnministerium als auch von den Privatbahngesellschaften auf das brutalste verfolgt. 1897 wurde die Organisation ganz aufgelöst, die Eisenbahner haben jedoch ihre Organisation von neuem stärker als zuvor aufgebaut. Jetzt verfolgt man namentlich ihre Vertrauensleute und Führer mit Maßregeln. Nach kurzer Diskussion wird eine Protestresolution angenommen, in welcher das Vorgehen der Regierung verurteilt und den Eisenbahnern die Sympathie des Gewerkschaftskongresses ausgesprochen wird. Die Straßenbahnbediensteten von Wien sind von der christlich-sozialen städtischen Verwaltung unter der Führung Eugen's fast noch größeren Verfolgungen ausgesetzt als die staatlichen Eisenbahnarbeiter. Es ist denselben ein „Gedöbnis“ abgepreßt worden, durch welches sie erklären müssen, daß sie nicht Mitglied der sozialdemokratischen Organisation sind. Es gelangte eine Resolution zur Abstimmung, in welcher der Kongress dieses Attentat auf die Bewegungsfreiheit der Straßenbahnbediensteten mit Entschiedenheit zurückweist und die Hoffnung ausspricht, daß sich die Wiener Straßenbahner dadurch nicht abhalten lassen, ihr gesetzlich gewährte Recht zu vertreten und ihre Pflicht als denkende Arbeiter in ihrem eigenen Interesse zu erfüllen.

Am vierten Verhandlungstag referiert der Abgeordnete Dr. C. Neubogen über den autonomen Zolltarif und die Gewerkschaften. Zu

der Diskussion nimmt u. a. der Vertreter einer landwirtschaftlichen Arbeiterorganisation das Wort: er erklärt sich gegen den Zoll und zerstört das Märchen der „Deutonen“, das auch in Oesterreich von den Jüngern kolportiert wird. Es gelangt eine Resolution zur Annahme, in der folgende Gesichtspunkte aufgestellt sind: Im Interesse der Arbeiterklasse liegt ein freier ungehinderter Handelsverkehr zwischen allen Produktionsländern. Diese Entwicklung wird durch die Zollpolitik gehindert, besonders gefährlich ist der autonome Zolltarif. (Gemeint ist der zur Zeit zur Verhandlung stehende österreichisch-ungarische Zolltarif. Redaktion.) Durch die enormen Agrarzölle wird die Lebenshaltung der Arbeiter weiter herabgedrückt. In gleicher Weise spricht sich die Resolution gegen die Industrie- und Finanzzölle aus. Der Kongress beschließt, eine energische Agitation gegen die Zollpolitik der Regierung zu entfalten.

Hierauf spricht Beer-Wien über die Konsum- und Wirtschaftsgenossenschaften. Aus seinem Referat erfahren wir u. a., daß in Oesterreich 3. Jt. circa 700 Konsumvereine bestehen, von denen schon im Vorjahr 60 dem Verband der Arbeiterkonsumvereine angehört. Von diesen letzteren haben 54 (laut Bericht) einen Stand von insgesamt 43380 Mitgliedern. Sie erzielten im Vorjahre einen Umsatz von 10,4 Millionen Kronen, eine Dividende von 490 000 Kronen. Der Referent unterbreitet eine Resolution, durch welche sich der Gewerkschaftskongress für die Konsumvereinsbewegung auspricht und die gewerkschaftliche Organisation auffordert, eifrig auf die Stärkung und Ausbreitung der Konsumvereine hinzuwirken. Gleichzeitig warnt der Kongress jedoch vor Unterschätzung der Schwierigkeiten bei Gründung von Konsumvereinen.

Die Debatte über das Konsumgenossenschaftswesen wurde bis in den fünften Verhandlungstag hinein fortgesetzt. Schließlich wird die Resolution Beer angenommen; außerdem wird einer Resolution zugestimmt, in der verlangt wird, daß in den Konsumgenossenschaften, die unter dem Einfluß der Arbeiter stehen, nur gewerkschaftlich organisierte Personen angestellt werden dürfen; ferner muß in solchen Genossenschaften am 1. Mai Arbeitsruhe eintreten.

Es folgt sodann ein Referat von Neumann-Wien über Alters- und Invalidenversicherung. Nach kurzer Diskussion gelangte eine Resolution einstimmig zur Annahme, in der es heißt, daß der Gewerkschaftskongress eine ernste Mahnung an die Regierung richte, ihre Pflicht gegen die alten invaliden Arbeiter zu erfüllen. Der Zustand, daß die Invaliden, Witwen und Waisen der unzureichenden Armenversorgung anheimfallen, müsse aufhören. Es wird verlangt, daß die Regierung ihre Verschleppungspolitik aufgibt und dem Parlament unverzüglich einen Entwurf vorlegt.

Über Tarifgemeinschaften referiert Dvoraczek. Die Resolution, die der Kongress dem Kongress unterbreitet, enthält folgenden Gedankengang: Der Abschluß von Tarifgemeinschaften (kollektiver Arbeitsvertrag) ist geeignet, das Wesen der Lohnkämpfe auf eine gesündere Basis zu stellen und unüberlegte Lohnkämpfe zu verhindern. Diese Anträge sind als Beweis aufzufassen, daß es den Arbeiterorganisationen gelungen ist, die Unternehmer zu zwingen, die Arbeiterfrage als einen gleichberechtigten Faktor anzuerkennen. Die Staats-, Landes- und Gemeindebehörden haben bei Vergebung von Arbeit und den Abschluß von Lieferungsverträgen auf die tariflichen Vereinbarungen Rücksicht zu nehmen und nur solchen Firmen Aufträge zu erteilen, welche die Verträge gewissenhaft einhalten. Außerdem wird in der Resolution eine Regelung des Subventionswesens gefordert. Zu diesem Punkt liegt ferner eine Resolution folgenden Wortlauts vor:

„Der Kongress begrüßt die in der Herrenkammerkonvention durchgeführte Tarifgemeinschaft und verlangt von der Arbeiterschaft die Aufrechterhaltung dieser Vereinbarung dadurch zu unterstützen, daß sie nur dort Kleider kauft, wo die zum Schutze dieses Tarifs eingeführte Kontrollmarke nachgewiesen wird.“

Zu der Diskussion nimmt auch der Delegierte der deutschen Gewerkschaften, Döblin, das Wort, um seine Erfahrung über die Tarifgemeinschaften dem Kongress zu unterbreiten: Man sehe häufig, daß auch bei der Ertzung von Tarifverträgen der Gegensatz zwischen den Klassen bestehen bleibe. In Deutschland seien die Unternehmer bekanntlich der Ansicht, daß sie „Herren im eigenen Hause“ sein wollten; bei Abschluß eines Vertrags werde der „Nachdruck“ nicht so empfindlich getroffen. Die Unternehmer schließen die Verträge nicht der schönen Augen der Gelehrten wegen ab, sondern im eigenen Interesse, um Ruhe zu haben. Die oben bezeichneten Resolutionen fanden hierauf Annahme.

Es wurde sodann zur Erledigung der verschiedenen Anträge geschritten. Unter anderem wurde eine Resolution angenommen, durch welche die Regierung zur Errichtung von mehr Gewerbegerichten ersucht wird. Eine andere Resolution spricht sich für eine energische Agitation für die Wiener Arbeiterzeitung aus. Endlich gelangt eine Resolution zur Annahme, durch welche sich die Gewerkschaftsorganisationen zur Bekämpfung des Alkoholismus verpflichten.

Hierauf wird der Kongress nach den üblichen Abschiedsworten mit dem Absingen des Liedes der Arbeit geschlossen.

Aus den Niederlanden.

Obwohl ich schon längst über die Ereignisse dieses Halbjahres, hauptsächlich des Generalfreits und dessen Folgen für die niederländischen Gewerkschaften im allgemeinen und besonders für unseren Verband hätte berichten können, so habe ich bis jetzt gewartet, um objektiv über Ursachen und Folgen urteilen zu können.

So wie überall entwickelte sich auch hier die moderne Gewerkschaftsbewegung sehr langsam; da sie noch sehr jung ist, hat sie noch nicht gelernt, sich von den Einflüssen der verschiedenen Parteipolitiken zu befreien. Besonders üben die christlichen Kirchenorganisationen schädlichen Einfluß aus. Gewöhnlich werden die Organisationsversuche, besonders bei den Katholiken, mit Mistrauen begrüßt; kann haben aber die modernen Gewerkschaften gegenüber eine Organisation errichtet, so sparen die Schwärzwäde keine Mühe, um eine christliche Gewerkschaft der modernen als Knäuel zwischen die Beine zu werfen. Natürlich ist jeder, der das sagt, in den Augen dieser Leute ein Verleumder. Aber in Wirklichkeit beweisen die Tatsachen die Wahrheit dieser Behauptung. Bei der weißen Lohnbewegung und Streiks waren es gerade die christlichen Gewerkschaften, die entweder den Arbeitern in den Rücken fielen oder doch auf Kommando ihrer „Seelenführer“ unzeitig die gerechte Sache im Stiche ließen.

Obwohl diese entwürdigende Rolle die Entwicklung der modernen Gewerkschaften hinderte, so war sie doch nicht die einzige und auch nicht die gefährlichste, denn niemand, wenn Religion aus dem Spiel blieb, mit ihrem bei gutem Erfolg gemeinschaftlich Lohnkämpfe geführt worden. Entscheidend Gefahr für das Wachstum und die materielle Kräftigung der Gewerkschaften ist der entwürdigende Kampf zwischen den übrigen Einwirkungen in der niederländischen Arbeiterbewegung, die gerade die Gewerkschaftsbewegung als Operationsplan für ihre Rivalitätsstreitigkeiten gebrauchen. Die Sozialisten unter den Sozialdemokraten wollten eine Zeitlang annehmen, die Gewerkschaften als Zugtiere gebrauchen, schloß sie als Kampfhand und atomisierte Kampfe als Nebenfrage zu betrachten. Der größte Teil der Sozialdemokratie folgt jedoch jetzt einer besseren Fatale. Die Anarchisten dagegen verzeihen alles was nach Sozialpolitik riecht und predigen bei allen Gelegenheiten den Generalfreit als Unversöhnlichkeit gegen alle Uorden; sie bejähren jeden, der seinen Verband gekennet und mit allen erhabenen Mitteln kämpfen wollte, eigenmächtig Absichten u. f. m. Es war dies eine trübe Zeit für die Organisationen, die große Masse, die in allgemeinen gleichgültig ist, blieb es jetzt und mancher christliche Gewerkschafter verließ unsere Reihen, weil er der Arbeit nicht mehr nachgeben konnte. In dieser Zeit wurde die Gewerkschaften, obwohl auch bei Vergehen an Streikbrechern das Gesetz mit voller Schärfe trafte, für unerschütterlich gehalten, doch allmählich flüchtete sich die Atmosphäre und bekam das opportunistische Zentrum in der Gewerkschaften (die mit allen Mitteln kämpfen) die Oberhand, auch kam sehr rasch eine Zusammenkunft der christlichen Gewerkschaften und aus.

Die Plutokratie wurde mit ihren Prossessionen den Sozialdemokraten, der Generalfreit-Agitatoren in die Hand. Überall, wo ein Zusammenstoß geführt wurde, beantwortete die Plutokratie sie mit

einem Massenausfluß. Voriges Jahr, als die Deckenweber bei der Firma Van Heel in Enschede einen Lohnkampf zurückwies und in den Ausland traten, schloß die Firma alle Arbeiter (circa 2000) ihrer Fabriken aus und als der Minister des Inneren, Dr. A. Knipper, Verhörungsversuche machte, wurde jeder Vergleich zurückgewiesen. Damals, es ging ja wider den liberalen Herrn van Heel, herrschte ein so echt brüderlicher Geist zwischen allen, die in den Kampf gezogen waren. Arbeiter aller Richtungen, angepornt durch Männer von den abweichendsten Ideen (selbst katholische und protestantische Geistliche) opfereten auf dem Altar der Solidarität; selbst die Kunst hatte hier einen rühmlichen Anteil durch die Kunstfabriken, die, unter Leitung des Malers K. V. Roland-Holst (ein rühmlich bekannter niederländischer Künstler, ein zweiter Walter Crane), ständen und wobei selbst die freisinnigen Bürger durch den Verkauf von Kunstwerken die Arbeiter in ihrem Kampf unterstützten. Es war eine schöne Periode, die größere Erwartungen erweckte.

Durch das provokatorische Auftreten der Plutokratie wurden die Arbeiter sich auch immer mehr ihrer Lage bewußt, sie organisierten sich; besonders war dies bei den Amsterdamer Transportarbeitern der Fall. Die verschiedenen Kategorien föderierten sich und zwar so stark, daß selbst Massenausfluß dagegen machtlos war. Dies zeigte sich bei dem Kampf der Hafenarbeiter gegen den betrügerischen Wortbruch verschiedener Transportgesellschaften; sobald in einem Beruf Arbeitswillige einen Ballen unter andere Gegenstände verpackt hatten, weigerten sich die anderen Kategorien zu arbeiten und so ging es fort, bis am Ende der Transport zu Lande wie zu Wasser stille stand, und die Eisenbahnen Hilfe nehmen wollten. Die Holländische Eisenbahngesellschaft und die Exploitationsgesellschaft der niederländischen Staatseisenbahnen, die ihr Personal seit Jahren auf die infamste Weise explozierten und gegenüber allen Klagen und Bittschriften und drohender Arbeitsniederlegung taub blieben, waren natürlich sehr willfährig gegenüber den Transportgesellschaften; sie dachten natürlich auch, daß ihre Beamten ebensowenig Ehrgefühl befehlen wie die Plutokratie. Sie hatten aber die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die Arbeiter und Beamten der Amsterdamer Stationen weigerten sich, Streikbrecherdienste zu verrichten, und als andere requiriert wurden, drohten die seit kurzem in den Allgemeinen Eisen- und Trambahnverband verschmolzenen Eisenbahnvereine, mit einem allgemeinen Ausstand. Die Eisenbahndirektionen ersuchten die Regierung um Intervention, der Minister war jedoch ohnmächtig, die Regierung war eben im entscheidenden Augenblick unfähig, handelnd aufzutreten. Sie hätte die rechtmäßigen Klagen unterstützen und verschmehnte Vorschläge machen können. Anstatt dessen zeigte sie sich im wahren Licht als „jehuitisch-kalvinistisch“ gefärbte Anarchie. Die Eisenbahndirektionen besaßen nach dieser Erfahrung nicht den geringsten Mut mehr, um Widerstand zu bieten und trachten mit schönen Gelübden zu Kreuzen. Sie wollten ihre Beamten nicht zu Streikbrecherdiensten zwingen, die Beschwerden unterstützen und die Tarife in Übereinstimmung mit erhöhten Lohn- und Arbeitsbedingungen bringen. Die ganze Affaire war ein glänzender Erfolg der organisatorischen Kraft. Die Transportgesellschaften schloßen den folgenden Tag (1. Februar) auch einen Vergleich und war also auch da der Kampf siegreich beendet.

Nach diesem Erfolge flohen die Organisationen mit schwindelnder Schnelligkeit in die Höhe. Die Eisen- und Trambahner stiegen an Mitgliederzahl von circa 6000 auf 12000 Mitglieder; die Hafenarbeiter von 1800 auf 3800, unsere Organisation (Metallarbeiter) selbst von 1000 auf circa 3500 Mitglieder; alles war optimistisch gekimmt. Die Generalfreitagitatoren waren im dritten Himmel, sie wurden von den enthusiastischsten und unbedürftigsten Arbeitern auf den Händen getragen, und jeder, der auf Grund seiner Erfahrung von Überschätzung der eignen Kräfte warnte, wurde im günstigsten Falle als Besessener qualifiziert. Die Reaktion kam.

Anfänglich floß die Bourgeoispreffe über von Lob über das ruhige taktvolle Auftreten der Eisenbahner, die das ihnen vertraute Material erst gut besorgten und erst danach die Arbeit niederlegten; als sie sich aber von ihrem ersten Schreden erholt hatte und sah, daß die Eisenbahner noch keine Schritte zur Lohnerböschung tun wollten, ehe nicht die Direktoren die Tarife dementsprechend erhöht hätten, kam die alte Natur wieder zum Vorschein, sie bestärkten die Regierung um Ausnahmegefesse. Die Regierung, die am 31. Januar ihre Ungefährtheit als Regierung glänzend bewiesen hatte, setzte ihrer Ungefährtheit die Krone auf und rief ganz grundlos die Referer unter die Waffen und verleszte hierdurch das ganze Land in Unruhe.

Als Antwort auf diese Provokationen gab die Organisation der Eisenbahner ein Manifest heraus, worin allen Maschinenisten und Beschäftigten anbefohlen wurde, auf ein etwaiges Signal sich nach der Residenz zu begeben, um gegen Repressalien und Ausnahmegefesse zu protestieren. Die heterogenen Elemente der Arbeiterbewegung wurden periodisch mit dem Seim des drohenden Ausnahmegefesse zusammengebracht; Sozialdemokraten und Anarchisten verteidigten die Sache der Arbeiter glühend, kurzum, es wurde nichts veräuert, um nach außen den Eindruck zu geben, daß die modernen Arbeiter fest verbunden wären. Aber auch die Regierung und ihre Handlanger saßen nicht still. Angespornt durch die servilen Diener der Plutokratie, die Geistlichen, wurden nun überall unter dem Schutze (lese: Preßion) der Direktoren und höheren Beamten Drückungsverbände für Eisenbahner errichtet, und diese haben, wie man! nur kein an Zahl, sich einen demoralisierenderen Einfluß ausgedehnt, daß jeder objektive Zuschauer voraussetzen konnte, daß dieser Kampf missglücken würde. Unter dem Einfluß des „Generalfreit-Appeals“ wurde jede ruhige Erwägung verworfen, und als die Anarchie des Maulkorbgefesse sicher war, als letztes Preßionsmittel zum Generalfreit gegriffen. Hier hat sich gerade gezeigt, daß mit neuorganisierten und disziplinierten Arbeitern nichts anzufangen ist. Die ganze Bewegung ist gescheitert an der ungenügenden Teilnahme der Eisenbahner und andererseits an der Treulosigkeit der christlichen Arbeiter, wovon die Plutokratie eilig Gebrauch machte. Als es gegen einen liberalen Fabrikanten ging, ja — aber gegen eine „christliche“ Ministerium (das sich zum servilen Diener des Mannions erwidrigt und die kleinen Leute verrät) zu kämpfen, verrät mit den modernen Gewerkschaften für das gemeinschaftliche Koalitionsrecht, nein — das ging ja nicht, dazu war ihnen die Schlafmütze noch zu tief über die Ohren gestülpt. Doch, wenn der Kampf auch verloren wurde, er ist lehrreich gewesen trotz des hohen Sehngeldes.

Man sollte nun denken, daß die Arbeiter durch diesen vernichteten Kampf Mäher geworden wären und in Zukunft einträchtig gegen die Koalitionsentwertung kämpfen würden. Nichts davon! Wir sind verkatet! riefen die Herren Anarchisten, genau wie die Franzosen 1870/71, als der Spagiergang nach Berlin verunglückte. Es ist eben das alte Lied: Überschätzung eigener Kräfte und nach einer unausbleiblichen Enttäuschung anderer die Schuld zu geben. Man hat eine Kommission ernannt, um zu untersuchen, ob und wer die Sache der Arbeiter bei dem Generalfreit verraten hat. Diese Kommission, die schon zita zwei Monate mit der Drogenlaterne nach Verwirren sucht, hat bis jetzt noch nichts publiziert und die niederländischen Arbeiter haben so gespannt auf eine Publikation gewartet, daß jetzt beinahe niemand mehr an diese Kommission denkt. Wer aber wohl nötig von der Zersplitterung der Arbeiter genommen hat, das ist die Plutokratie. Diese hat sich in ihrer vollen Glorie als giftiges Unkraut bewiesen, und sie würde so gerne ihre Kräfte mit vollem Jagen genießen haben, wenn nicht doch die Solidarität der Arbeiter, trotz allen Heberereis, einen Strich durch ihre Rechnung gemacht hätte. Und darum ist auch die Hoffnung nicht unberechtigt, daß in nicht langer Zeit der nächste Nebel der Rivalität sich wieder auflösen wird.

Unsere Organisation hat natürlich wie alle anderen einen großen Niederbruch bekommen, besonders in Amsterdam, Haarlem und Utrecht blieben viele Schlafstapler, und wieder andere verließen unter dem Druck der Plutokratie unseren Verband. Die Schlafstapler sind nun größtenteils wieder in Arbeit und aus den Trümmern sind doch noch circa 1250 Mitglieder zum Vorschein gekommen. Auch glaube ich, daß die Auflage unserer Zeitung ihr Minimum (1250 Exemplare) erreicht hat. Bei etwas Überlegung und gutem Willen werden auch wir den Schlag wieder überwinden. Die

Plutokratie gräbt selbst ihr Grab, sie wird das später mit Schab und Schande einsehen. Sie hat gemeint, die Metallarbeiter u. alle Arbeiter durch die Hungerpeitsche zur Kasse zu bringen vermag aber, daß durch unsere Reifeit sie ihnen unliebsam Metallarbeiter über alle Orte der Niederlande verbreitet sind, wenn diese nach genügender Zeit Erfahrungen gewonnen haben werden sie eben auch in immer mehr Orten Abteilungen stiften. Das Blut der Märtyrer ist die Saat der Kirche, so geht es auch bei Wenn nach einiger Zeit die Rivalitätsstreitigkeiten sich gelegt haben werden auch wohl die Niederländer dieses reaktionäre Minimum mit seinem jesuitisch-kalvinistischen Anhang nach Furchen und den Maulkorbgefesse einen Ehrenplatz in der Kampflammer früherer Jahrhunderte anweisen.

A. Janßen-Dordrecht.

Hirsch-Dunckersche Streikbrecher.

Wir erhielten folgendes Schreiben nebst Berichtigung: Generalrat des Gewertvereins der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter.

Berlin S., den 16. Juni 1903.

An die Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung, 4. H. des Herrn Joh. Scherm in Stuttgart.

In Nr. 24 der Metallarbeiter-Zeitung ist ein längerer Artikel „Hirsch-Dunckersche Streikbrecher“ enthalten, der mehrfache Unrichtigkeiten enthält. Ich gestatte mir daher anliegend eine Berichtigung einzusenden, um deren Aufnahme ich die geehrte Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung auf Grund des § 11 des Preßgesetzes ersuche.

i. A. Gust. Hartmann, stell. Generalsekretär.

Berichtigung zu dem in Nr. 24 der Metallarbeiter-Zeitung enthaltenen Artikel „Hirsch-Dunckersche Streikbrecher“.

1. Es ist unwar, daß in der Gewertvereinsversammlung am 28. Mai der Berichterstatter des Metallarbeiter-Verbandes und Johlen und Schreien hinausgewiesen worden ist. Ein solcher Berichterstatter ist gar nicht gewesen und konnte somit auch nicht unter Johlen und Schreien hinausgewiesen werden. Dagegen ist einem Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Herr Köhler, eine Redezeit von einer halben Stunde gewährt worden, nachdem die Redezeit durch Versammlungsbeschluß bereits auf zehn Minuten festgesetzt war. Es ist überhaupt niemand aus der Versammlung ausgewiesen worden, Johlen und Schreien ist den ganzen Abend nicht im geringsten vorgekommen.

2. Es ist unwar, daß die Hirsch-Dunckersche Gewertvereins Streikkomitee offiziell vertreten waren. Erst als am Sonnabend den 23. Mai von Kollege Gleichauf in aller Öffentlichkeit die Erklärung abgegeben wurde, daß die Gewertvereiner sich nicht mehr an Streik beteiligen würden, nachdem die Direktion neun Fünftel der Forderungen bewilligt hatte, da erst machte Herr Cohn das Zusage, daß er bereit sei auch einem Gewertvereiner im Streikkomitee Sitz und Stimme zu geben, wenn die Gewertvereiner weiter mitstreifen würden.

3. Es ist unwar, daß dem Kollegen Gleichauf deshalb das Wort nicht gestattet worden sei, weil die Gewertvereiner an dieser Tage bereits die Arbeit wieder aufgenommen hätten. Die Versammlung, in welcher Gleichauf das Wort entzogen wurde, fand am 23. Mai statt, während die Gewertvereiner erst am 25. Mai die Arbeit wieder aufgenommen haben.

Gust. Hartmann.

Was Herr Hartmann hier berichtet, ist für die Beurteilung der ganzen Sache bei Weitem ohne belang. Wir ersuchen unser Leser, die Berichtigung mit unserem Artikel in Nr. 24 zu vergleichen sie werden dann sehen, was Herr Hartmann nicht berichtet.

Der Streikbruch bei Mehlisch.

In Rixdorf fand am 13. Juni in Sachen des Mehlischschen Streiks eine Versammlung der Hirsch-Dunckerschen statt. Die letzte Nummer des Gewertvereins bringt eine längere Notiz über diese Versammlung, ohne auf den tatsächlichen Verlauf und die dort wirklich gemachten Ausführungen einzugehen. Wer als Unbeteiligter der Versammlung beizuwohnt, wird und muß zugeben, daß, was der Hirschchen von uns und ihren eigenen Mitgliedern in dieser Versammlung gesagt worden ist, waren Freilichhiebe für Herr Gleichauf und alle, die sich mit ihm solidarisch erklärten. Von einem Sprengen der Versammlung kam gar nicht die Rede sein und lag das auch durchaus nicht in unserem Interesse. Es wäre uns weit erwünschter gewesen, die Versammlung hätte in natürlicher Weise zu Ende geführt werden können. Daß von unserer Seite alle getan wurde, um die Versammlung zu beruhigen, wird vom Gewertverein ja zugegeben. Als ich aber sah, daß Verdrehungen und Entstellungen der Herren Gleichauf und Klavon sich mit der unglücklichen Ungefährlichkeit des Vorsitzenden der Versammlung vereinigen und immer wieder die unferreits müßsam durch Zurechtgerückte Ruhe gestört wurde, sagte ich mir — es war inzwischen halb ein Uhr geworden —: Laß die Rake trauchen. So kam, wobei der Ungefährlichkeit des Vorsitzenden unausbleiblich war: Die Versammlung wurde ungefähr um dreiviertel ein Uhr polizeilich aufgelöst.

Kurz möchte ich nun auf die übrigen Behauptungen des Artikel schreibern (wohl Herr Gleichauf selbst) eingehen. Der Kollege Pawlowitsch hat ihm nicht gefallen. Na, das glaube ich, etwas Ungeheures war es ja auch nicht für die Hirschche, die Ausführungen des Kollegen Pawlowitsch anzuhören. Pawlowitsch soll etwa zehnmal gerufen haben: Der Regulator lügt. Die Sache verhält sich folgendermaßen. Gleichauf hatte in seiner Einleitung gesagt: Die Darstellung des Vorwärts ist unrichtig, der Vorwärts lügt. Kollege Pawlowitsch antwortete darauf: Nicht der Vorwärts, sondern der Regulator, der Gewertverein und das Flugblatt lügt. Und dann führte Kollege Pawlowitsch die einzelnen hauptsächlichsten Stellen an, wo Regulator, Gewertverein und Flugblatt gelogen haben. Alle Unrichtigkeiten und Lügen konnte Pawlowitsch ja nicht anführen, dazu hätte es mehrere Stunden bedurft.

Von mir behauptet Herr Gleichauf, ich hätte keine seiner Behauptungen widerlegen können. Das heißt aber die Wahrheit gebend auf den Kopf gestellt. Die Situation war folgende: Herr Gleichauf suchte in seiner Einleitung sich gegen die Vorwürfe zu rechtfertigen, daß er irgend wie inkorrekt gehandelt habe. Damit befand sich Herr Gleichauf von vornherein in der Position eines Angefallenen, der sich gegen die erhobenen Anschuldigungen verteidigt. Herr Gleichauf muß mich im Verlauf seiner Ausführungen heftig persönlich angegriffen sein, zugeben, daß ihm der Versuch, sich zu rechtfertigen, vollständig mißlang. Das bewies die Versammlung durch ihre Haltung Herrn Gleichauf gegenüber und durch den Empfang, den mir wurde, als ich die Rednertribüne betrat. Der Gewertvereiner schreibt: Cohn gab zu und Cohn konnte keine Tatsachen widerlegen. Dem gegenüber erkläre ich: Zugegeben habe ich nichts und konnte nichts, weil eben nichts zugegeben war. Und Tatsachen konnte ich nicht widerlegen, weil Herr Gleichauf keine Tatsachen anführte, sondern nur Verdrehungen, Entstellungen und vollständig aus der Luft gegriffene Behauptungen.

Wie die Versammlung über den von Gleichauf und Klavon verübten schändlichen Verrat dachte, das hat die Versammlung in zweideutiger Weise den Herren zu Gemüte geführt, so daß selbst Leute mit so schwerem Verstandnis wie Gleichauf und Klavon begreifen mußten: Die in Rixdorf am 13. Juni 1903 verfallene Metallarbeiter betrachten diese beiden Herren als Schädlinge der Arbeiterbewegung.

Was nun die Schiedungen mit der Rednerliste betrifft, so steht doch fest, daß in der plurierten Weise versucht wurde, uns über Ohr zu haufen. Wenn wir auch nach Ansicht des Artikelschreibers nur Gäste waren, so geht doch daraus noch nicht hervor, daß wir uns beschuldigen lassen müssen. Angesichts der wirklich überhöhten Fälligungen der Rednerliste gehört die ganze edle Dreifigkeit — um nicht zu sagen Frechheit — des Herrn Gleichauf dazu, hier den Entwürfen zu spielen. Mit dem Anarchismus hat die von Pawlo

Wichtig vorgenommene Abstimmung über seine Resolution nichts zu tun. Es war nicht weiter als ein Akt berechtigter Mißtrauens gegenüber den versuchten und zum Teil ja auch gelungenen Schiebungen...

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Die am 1. Juli zunächst in Betracht kommende Statutenänderung betrifft den § 4, der nunmehr wie folgt lautet:

Aufbringung der Mittel.

§ 4. Das Beitragsgeld beträgt für männliche Mitglieder 50 Pfg. für weibliche 20 Pfg., der wöchentliche Beitrag für männliche Mitglieder 40, für weibliche 15 Pfg. In außerordentlichen Fällen können vom Vorstand Extrabeiträge erhoben werden...

Die Beiträge werden durch in das Mitgliedsbuch zu lebende Karten quittiert.

Zur Deckung außerordentlicher örtlicher Ausgaben kann jede Verwaltungsstelle mit Genehmigung des Vorstandes Extrabeiträge erheben.

Wegen der übrigen Änderungen verweisen wir auf das in den nächsten Tagen zur Ausgabe gelangende Statut. Wir bemerken jedoch ausdrücklich, daß die neuen und erweiterten Unterstützungsätze erst am 1. Juli 1904 in Kraft treten.

Der Versand des durch die Beschlüsse der Generalversammlung ab 1. Juli d. Jhr. erforderlichen neuen Materials, wie Beitragsmarken, Statuten etc. erfolgt Ende dieser oder Anfangs nächster Woche, so daß alle Verwaltungsstellen und Einzelmitgliedschaften spätestens am Samstag den 4. Juli im Besitz deselben sind.

Arbeitslosenstatistik betreffend.

Unter Hinweis auf den in Nr. 25 enthaltenen Leitartikel „Arbeitslosenstatistik in gewerkschaftlichen Zentralverbänden“ geben wir bekannt, daß wir an die Ortsverwaltungen und Geschäftsführer noch besondere Listen verschicken werden, in welche die Zahl aller am Orte gemeldeten Arbeitslosen und auf der Reise befindlichen Mitglieder jeden Tag einzutragen ist.

In diese Listen sind nicht nur die unterstützungsberechtigten, sondern auch die nichtunterstützungsberechtigten Mitglieder einzutragen, weil nur so ein genaues Bild über den Umfang der Arbeitslosigkeit erlangt werden kann.

Die an Orte arbeitslos und auf der Reise befindlichen Mitglieder ersuchen wir deshalb, sich stets, auch wenn sie nicht unterstützungsberechtigt sind, bei den örtlichen Verwaltungsstellen zu melden. Von den Ortsverwaltungen und Geschäftsführern erwarten wir, daß sie an ihrem Orte geeignete Anordnungen zur prompten Durchführung dieser Statistik treffen.

Wie bereits in Nr. 23 der Metallarbeiter-Zeitung telegraphisch mitgeteilt wurde, hat die VI. Generalversammlung in Berlin einstimmig beschlossen:

„Zur Unterstützung der ausgesperrten Metallarbeiter und der gegenwärtigen Kämpfe überhaupt für den Monat Juni außer dem regelmäßigen Beitrag noch 30 Pfg. pro Woche von den männlichen Mitgliedern zu erheben.“

Diesem Beschlusse zufolge sind alle früheren, von den einzelnen Verwaltungsstellen gefassten Beschlüsse, die Beiträge von Extrabeiträgen unter 30 Pfg. pro Woche betreffen, ungültig, und werden obigem Beschlusse aufgehoben.

In dem wir den Mitgliedern in Ausführung der Beschlüsse der Generalversammlung dieses zur Kenntnis bringen, machen wir zugleich darauf aufmerksam, daß die Nichtzahlung der Extrabeiträge die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge haben kann.

Auf wiederholte Anfragen darüber, ob den Verwaltungsstellen auch aus dem Betrag der an Extrabeiträger veranlagten Quittungsmarken die im § 18 Abs. 7 benannten 20 Prozent für örtliche Ausgaben zusteigen, teilen wir hierdurch mit, daß letzteres nicht der Fall, sondern der gesamte für Extrabeiträger vereinbarte Betrag voll an die Hauptkasse abzuführen ist.

Für einen aus dem Königreich Sachsen, dem Herzogtum S.-Meiningen, den Kreisen Delitzsch, Niederweida und Zorge des Regierungsbezirks Merseburg der Provinz Sachsen zu bildenden IV. Agitationsbezirk mit dem Sitz in Leipzig soll ein

besoldeter Bezirksleiter

angestellt werden und wird diese Stellung hierdurch zur Bewerbung ausgeschrieben.

Die definitive Anstellung erfolgt nach einjähriger Tätigkeit und beträgt der Gehalt für das erste Jahr 1920 Mk., steigt jedoch mit der letzten Anstellung auf 2020 Mk. Aus den Bewerbungen muß das Alter und die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung ersichtlich sein. Zugelassen zur Bewerbung sind nur Verbandsmitglieder.

Da nach § 16 Abs. 3 des Statuts die von der Prüfungskommission gemählten Bewerber eine Probearbeit eingereichen haben, empfiehlt die Kommission zur Vereinfachung der Prüfung, daß Bewerber gleich mit ihrer Bewerbung diese Probearbeit einreichen. Der Vorstand unterstützt diese Anregungen der Kommission entschieden und ersucht die etwaigen Bewerber, diesen Anregungen Folge zu geben. Als Thema für diese Probearbeit ist gestellt:

„Die Aufgaben des Bezirksleiters.“

Etwaige Bewerbungen sind mit der Probearbeit über das obige Thema in geschlossenem Briefumschlag, mit der Aufschrift „Bezirksleiter“ versehen, bis spätestens zum 1. Juli 1903 an die nachstehende Adresse zu richten: Otto Reibe in Leipzig, Windmühlenstr. 11.

Nicht wieder aufgenommen werden darf auf Antrag der Verwaltungsstelle in Frankfurt a. O. der Klemmer Nieming, geb. am 12. April 1877 zu Frankfurt a. O., Buch-Nr. 510 775, wegen unkollegialen Verhaltens.

Demnächst erscheint das

Protokoll der ordentlichen VI. Generalversammlung zu Berlin nach der stenographischen Aufnahme. Preis für Mitglieder 25 Pfg. per Stück, für Nichtmitglieder und durch den Buchhandel bezogen Mk. 1,50.

Um die Auflage bemessen zu können, sind Bestellungen sofort an unterzeichneten Vorstand aufzugeben.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Räte-Strasse 16b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruss

Der Vorstand.

Quittung

Aber die vom 1. bis 31. Mai 1903 bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsgelder.

Von: Wachen Mt. 400. Altenburg 1600. Altona 800. Altwasser 125. Anklam 341. Bischenleben 250. Aue 300. Auerbach 21. Arheilgen 250. Baden-Baden 70. Bergedorf 280. Berlin 18000.

- Bernburg 150. Bielefeld 800. Bitterfeld 50. Brandenburg a. S. 1800. Braunshweig 1000. Breslau 1800. Breslau, Kämpner 400. Bunzlau 850. Bürgel 90. Chemnitz 8400. Cuxhaven 250. Darmstadt 150. Dessau 378. Döbeln 200. Dortmund 200. Ebersbach 40. Edighelm 11,70. Finkenwalde 155. Flensburg 700. Forst i. L. 200. Frankenthal 519,10. Frankfurt a. M. 2100. Frankfurt a. O. 20. Freiburg i. S. 200. Greifung 20. Gurkenwalde 200. Gera 350. Geyersberg 300. Glauchau 88,20. Gummb. Schmäh. 840. Gieltsdorf 100. Goltzern 30. Götting 100. Griesheim 100. Halle a. S. 600. Hamburg 9000. Gamm 125. Hanau 25,50. Hannover, Schmiede 100. Heidelberg 200. Heiligenhausen 200. Silberheim 30,72. Jürschberg i. Schl. 180. Jörbe 10. Jasse 100. Jülgstadt 44,70. Jauer 22,70. Kaiserlautern 100. Kall 200. Kammstatt 600. Kassel 250. Kellterbach 76. Kiel 1800. Köln 110,70. Königshütte 80. Krefeld 44,10. Krippen 90. Krammin 15,90. Lägerdorf 80. Lämmerpfeil 30. Landskron 100. Leipzig 2000. Leisnig 75. Limbach 150. Linden 1700. Lörrach 50. Lübz 250. Lüß 81,55. Ludwigshafen 100. Magdeburg 4000. Mannheim 2100. Martinlamig 200. Mehlis 27,90. Meisen 850. Merseburg 100. Milspe 711,31. Mindelheim 50. Müglitz 200. Mühlhausen i. Th. 100. München 600. Neu-Hardenberg 160. Neumünster 45. Neu-Ruppin 50. Neustadt i. N. 80. Niederseibitz 370. Nordhausen 100. Nürnberg, Feingoldschläger 800. Nürnberg, Forner 17,70. Nürnberg, Zinngeißler 60. Neutritsch 17,60. Ober-Offertal-Schramberg 75. Ofertale 30. Peine 75. Pforzheim 75. Posen 150. Potsdam 90. Prenzlau 50. Pries 400. Rade v. Wald 850. Rathenow 141,60. Reichenhain 200. Rühlau 91,50. Roth a. Sand 50. Saalfeld 400. Sangerhausen 110. Solingen 1000. Sorau 60. Schmölln 30. Schönebeck 200. Schwabach 52,80. Schwabach, Aluminiumschläger 400. Schwabach, Feingoldschläger 151,50. Schwabach, Nadler 61,65. Schmelinghausen 200. Stöckum 348,82. Strauß und 100. Stuttgart 800. Tönning 360. Trieburg 140. Zuffenhausen 100. Wegejad, Forner 158,80. Weibert 600. Weiskau 180. Wernitz 100. Weimar 90. Weiskau 100. Wilhelmshaven 600. Wittenberge 50. Worms 16,10. Würzen 100. Zwönitz 86,80. Zweibrücken 300. Einzelmitglieder der Hauptkasse 870. Für Notizkalender 57,75. Protokolle der V. ordentlichen Generalversammlung 8. Zurückzahlte Schuld von: H. Rodack, Greifswald 15. L. Kühnert, Gamlitz 2.

Zur Beachtung.

Zugung ist fernzuhalten:

- von Vauschloßern nach Stuttgart, St.; von Feilenbauern nach Remscheid, insbesondere von Maschinenbauern, Feilen Schleifern und Feilenknecht (Offermann) St.; von Feilenbauern und Schleifern nach Feuerbach; von Feingoldschlägern nach Dresden; nach Nürnberg (Christian Schmidt, Obere Wentergasse 12; Adam Singer, Wärenshansstr.; Jean Rieß, Fürthstr.); Michael Weißer, Parabiesstr.; nach Fürth (Ludwig Spiegelberger, Königswartstr.); von Formern und Zinngeißlerarbeiten nach Waagen (Waggonfabrik) D.; nach Blankenburg, Hübland und Zorge a. Harz (Harzer Werke) Str.; nach Chemnitz (Gustav Voigt); nach Güdeswagen (Beise & Groß); nach Riel (Wolter & Merkel) D.; nach Köln-Gräfenfeld (Lauha) St.; nach Königsberg (Victoria) M.; nach Neustadt i. N. (Johann Albrecht Werke) M.; nach Sorau (Marlinische Maschinenfabrik) M.; nach Taugerhütte; von Formern und Drehern nach Solingen (Boof); von Klempnern nach Waagen L.; nach Celle D.; nach Düsseldorf (Rössler) St.; nach Frankfurt a. M. St.; nach Gännoner, nach Königsberg; nach Luzern (Schweiz) St.; nach Mainz (Joh. Kuppinger, Mart. Hofmann); nach Plauen i. L., L.; nach Schwarzenberg i. Erzgeb. (Heders-Wilme) St.; nach Zwida u. L.

Aus den Agitationsbezirken.

II. Bezirk.

Bericht des Bezirksleiters für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1902.

(Schluß).

Mit der Bildung von Verwaltungen bin ich sehr vorsichtig zu Werke gegangen, so daß im letzten Halbjahr 1902 überhaupt von derartigen Gründungen Abstand genommen wurde. Ich bin der Meinung, daß, ehe nicht ein stichtiger Stamm von Kollegen vorhanden ist, derartige Gründungen besser unterbleiben. Im laufenden Jahre dürfte es ja mehrfach zu Neubildungen kommen. Vielfach gestatten es aber auch die örtlichen Verhältnisse trotz genügender Mitgliederzahl und vorhandenen fähigen Kollegen nicht, eine Verwaltung zu bilden. Soweit Oberstellen in Betracht kommen, habe ich mich bereits mit den Kollegen verständigt, daß neue Verwaltungen überhaupt nicht gebildet werden sollen. Hier wollen wir das System der Vertrauensmänner und Einzelmitgliedchaften vollständig durchführen. Schließlich kommt es ja auch nicht darauf an, im Jahre möglichst viel Verwaltungen zu gründen.

Neben den Versammlungen und Sitzungen sind eine ganze Anzahl Revisionen vorgenommen worden. Im großen und ganzen kann das Ergebnis derselben als befriedigend angesehen werden. Umstände waren nur bei den Verwaltungen Breslau, Oppeln und Meisse vorhanden. In Breslau war der Grund in der durchaus ungenügenden Buchführung zu erblicken, wodurch eine regelrechte Kontrolle erschwert wurde. Zur Regelung dieser Angelegenheit war es notwendig, eine Schieds- und Untersuchungskommission zu wählen, deren Obmann ich war. Diese Sache war nahezu geeignet, den Bestand der Verwaltung Breslau zu gefährden. Durch Einführung genauerer und besserer Kasseneführung dürften für die Zukunft solche Vorkommnisse ausgeschlossen sein. In Oppeln waren zeitweilig nicht die geeigneten Personen vorhanden. Meisse, das schlesische Rom, hat sehr unter fortgesetztem Wechsel der leitenden Kollegen zu leiden. In Breslau wurde, nachdem in mehreren Vertrauensmannerversammlungen und Mitgliederversammlungen eingehend darüber beraten war, auf meinen Vorschlag hin das Hauskassensystem eingeführt. Bestanden hatte bisher das Verhältnissystem, das aber mit der Zeit dazu führte, daß die Situation der Mitglieder immer größer wurde, schließlich es aber auch vorkam, daß Kollegen gestrichen wurden, die noch Mitglieder des Verbandes waren. Obwohl ich dieselbe sehr gut bewährt und dahin geführt, daß mit wenigen Ausnahmen alle Kollegen mit ihren Beiträgen auf dem Laufenden sind. Um die Durchführung der gefassten Beschlüsse zu erleichtern und auch aus anderen agitatorischen und organisatorischen Gründen wurde die Herausgabe eines Ortsstatuts angeregt, was durch mich in der von mir vorgelegten Fassung angenommen wurde. Dieses Ortsstatut hat sich bisher gut bewährt.

Ehe ich meinen Bericht über die allgemeine Agitation schließt, will ich noch bemerken, daß im allgemeinen die Versammlungen dort, wo eine Versammlung nicht stattfinden kann, von Zeit zu Zeit mit den Kollegen zusammen zu kommen. Agitation größeren Stils ist im November in Götlich stattfand worden. Dort fanden im Laufe einer Woche für etwa 35 Betriebe eine Reihe von Versammlungen statt, über die ja auf Seite 388 der Metallarbeiter-Zeitung vom vorigen Jahre berichtet worden ist. Auch mit den Götlich-Dandersch habe ich öfter zu tun gehabt. Diese, die ihren Hauptitz in Nieder schlesien haben, versuchten in der Zeit vom 8. bis 20. September einer Anzahl von Versammlungen in Oberschlesien für ihre Organisation besondere Propaganda zu machen. Da wir nun dort, wo schon berichtet, keine Lokale erhalten, uns also die Möglichkeit fehlte zu einem größeren Kreise von Kollegen zu sprechen, benutzte ich die Gelegenheit und war in fast allen Versammlungen anwesend. Gebendenden Bericht hierüber finden die Kollegen auf Seite 320 der Metallarbeiter-Zeitung, Jahrgang 1902, so daß ein näheres Eingehen auf diese Angelegenheit sich bei der gegenwärtigen Berichterstaltung erübrigt.

Zu einer imposanten Kundgebung gestaltete sich die am 13. Dezember stattgefunden öffentliche Versammlung der Breslauer Metallarbeiter mit der Tagesordnung: „Der Kaiserbuch in Breslau am 5. Dezember, die geplante Spalierbildung, der Empfang der Arbeiterdeputation und die wahre Meinung der Arbeiter.“ Auch hierüber finden die Kollegen näheren und ausführlichen Bericht in der Nr. 5 vom Jahre 1902. Nicht enthalten ist in diesem letzten Bericht, da und wie die Arbeiter für die Betätigung ihrer „patriotischen“ Gesinnung verschiedentlich belohnt wurden. So bekamen die Unterzeichner einer der beteiligten Fabriken nach dem Fuldigungstage zwei Zentner Kohlen. Schumagelnd hat dieses „Geschenk“ auch mancher entgegengenommen, der sonst mit dem „Fischschneider“ sich gerade nicht sehr beist. Die Kohlen waren bei der Kälte gar nicht verwendbar. Breslau ist übrigens nicht die einzige Stadt, wo unsere Kollegen zu derartigen Kundgebungen, wie Spalierbildungen, „hulbigen“ wollten. Bei der Kittengeellschaft für Fabrikation von Eisenbahnmateriale haben die Stimmzettel wie folgt aus: Für die nächste Zeit, voraussichtlich den 28. November d. J., ist ein Besuch Seiner Majestät des Kaisers und Königs in Götlich beabsichtigt und zum festlichen Empfang die Bildung eines Spaliers in den Straßen, welche Seine Majestät vom Bahnhof nach der Ruhmeshalle passiert, in Aussicht genommen.

Auch die Angehörigen der diesseitigen Fabrik werden sich an der Spalierbildung beteiligen, falls sich eine genügende Zahl von Teilnehmern hierzu bereit findet. Zur Feststellung dieser Frage ist der vorliegende Zettel ausgefüllt spätestens bis zum 31. d. Mts. abends 7 Uhr, dem vorgelegten Meister zurückzugeben.

Entscheidet sich die Mehrheit für Besuch um Urlaub, so werden die Verhältnisse an dem betreffenden Tage rechtzeitig geschlossen worden. Andererseits erhalten nur diejenigen an dem betreffenden Tage Urlaub, die denselben auf dem vorliegenden Zettel beantragt haben.

Götlich, den 25. Oktober 1902.

Kittengeellschaft für Fabrikation für Eisenbahnmateriale zu Götlich, Kurth.

Werkstattabteilung: Dreher.

Kontroll-Nr. . . . (Hier folgt die Nummer des Arbeiters).

Table with 2 columns: Frage (Question) and Antwort (Answer) (mit Ja oder Nein auszufüllen) (to be filled with Yes or No).

Table with 2 columns: Frage (Question) and Antwort (Answer) (mit Ja oder Nein auszufüllen) (to be filled with Yes or No). Contains questions about vacation and factory participation.

Durch die Angabe der Kontrollnummer wurde natürlich die geheime Abstimmung zur Jarce. Trotz alledem aber gerade deswegen ist aber die Organisation in Götlich in bester Entfaltung. Wie ich durch ein Rundschreiben festgestellt habe, ist übrigens die Offener und die Breslauer Mebe in fast allen Betrieben ausgehängt worden.

Von der „geheime“ und guten „Griffenz“ gehen übrigens die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der schlesischen Metallarbeiter Kunde. Nach den Auswertungen der schlesischen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft beträgt der Durchschnittslohn in Mittel- und Niederschlesien 760,76 Mk., in Oberschlesien 854,84 Mk. In vielen Fällen verdienen die Kollegen bedeutend weniger; so sind beispielsweise in Ratibor die Former der Firma Ganz & Cie. mehrfach mit 3 bis 5 Mk. pro Woche zu Hause gegangen. Ein in der Freiburger Uhrenfabrik arbeitender Kollege ist vom Gen darm beim Betteln getrossen worden, da, wie er dem Gen darm erklärte, der Verdienst nicht zum Sattessen für seine Familie reiche. Im laufenden Jahre werde ich über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse besondere Erhebungen veranstalten. Im ersten Halbjahr meiner Tätigkeit war dies leider nicht möglich. Anlässlich einer Feststellung der in den einzelnen Orten vorhandenen Betriebe habe ich nur eine Umfrage über die in denselben vorherrschende reguläre Arbeitszeit vornehmen können.

Diese zeigt, daß die zehn- und elfstündige Arbeitszeit noch vorherrschend ist. Hier wird es verschiedentlich noch zu harten Kämpfen wegen Verkürzung der Arbeitszeit kommen. Nachstehende Tabelle gibt über die Zahl der Betriebe und die Dauer der Arbeitszeit Aufschluß. Im letzten Halbjahr ist diese Arbeitszeit aber fast überall eine verkürzte gewesen. In einem Falle (Geißelbauer der Gebrüder Hoffmann, Waggonfabrik in Breslau) sollte die Arbeitszeit sogar auf 3 Stunden täglich festgesetzt werden. 5, 6, 7 Stunden Arbeitszeit gehörten in der Berichtsperiode nicht zu den Seltenheiten.

Table showing working hours in various districts: Ort (District), Arbeitszeit in den einzelnen Betrieben (Working hours in individual enterprises), and unbestimmte Arbeitszeit (Indeterminate working hours). Columns include 8, 9 1/2, 10, 10 1/2, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30.

In Striegau sind noch 7 Betriebe vorhanden, die eine dreizehnstündige Arbeitszeit haben. Die 280 Betriebe, die unter der Rubrik „unbestimmt“ vermerkt sind, dürften zumeist zehnstündige Arbeitszeit haben. In Oberschlesien herrscht die zehnstündige Arbeitszeit vor, doch wird auch oft genug 11, 12 und 13 Stunden gearbeitet. Im ganzen ein recht unerspreizliches Bild.

Gabe ich vorhin einige recht trostlose Zahlen über den Verdienst mitgeteilt, so will ich noch, ehe ich über die statistischen Differenzen berichte, zeigen, wie hier mit den Arbeitern umgesprungen und die Gesetze mißachtet werden. Im § 54 der Arbeitsordnung der Selbstwünschgrube, die zur Vorjahren Verwaltung gehört, heißt es:

„Gegen alle Festsetzungen und Anordnungen des Betriebsführers oder seiner Stellvertreter steht den Arbeitern der binnen längstens sechs Tagen zu betretende Beschwerdebeweg offen. (Dieser Weg wird dann in seinen einzelnen Instanzen angegeben). — An das Gewerbegericht dürfen sich diejenigen Arbeiter, welche sich durch irgend welche Anordnungen oder Festsetzungen

eines Vorgelegten für beeinträchtigt halten, nicht mehr wenden, wenn sie den angegebenen Beschwerdebogen nicht in der angegebenen Frist beschritten haben. Inwieweit Verhandlungen werden bekräftigt. Eine Arbeitsordnung, die denartige Bestimmungen enthält, ist laut § 134 c der Gewerbeordnung für die Arbeiter nicht rechtsverbindlich. Aber was kümmern sich die Unternehmer um Recht und Gesetz.

Große Differenzen zu den Umständen führende Differenzen haben in der Berichtzeit nicht stattgefunden. Nach vor meinem Amtsantritt waren Differenzen bei der Silberwarenfabrik Lemor in Breslau zu verzeichnen. Dort handelte es sich um Abzüge und Maßregelung einiger Kollegen. Der Streit wurde Ende Juni zu Ungunsten der Kollegen beendet. In Breslau waren noch Differenzen bei den Firmen Gahmann, Fringsheim, Schraubenfabrik Vulkan, Willens und Gehr. Hoffmann vorhanden. Zur Arbeitsniederlegung kam es nur beim Vulkan und in der Feilenfabrik Willens. In beiden Fällen handelte es sich um erhebliche Abzüge. Bei Willens wurde der Streit nach zehnwöchentlicher Dauer durch Vergleich beendet. Außer der Lohnbewegung der Mohrleger Breslaus, deren Ergebnis durch den unten zum Ausdruck gelangenden Tarif ersichtlich ist, fanden noch Differenzen statt in Hirschberg (Heinr. Seifart und Firma Kreuzer), in Kitzschleben bei Bunzlau, in Schweidnitz, in Freiburg und in Reiffe. In allen Fällen wurden diese Differenzen zu Gunsten unserer Kollegen erledigt. — Der Tarif der Mohrleger Breslaus hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Zehnstündige Arbeitszeit vom 1. April bis ultimo September, im Winter jedoch, also von 1. Oktober bis ultimo März, nach Bedarf. Die zehnstündige Arbeitszeit soll jedoch nicht überschritten werden. Sollte eine Verkürzung der Arbeitszeit wegen Arbeitsmangel notwendig sein, so ist dieselbe an die im Geschäft tätigen Monteurs nach Möglichkeit und nach dem Ermessen des Arbeitgebers gleichmäßig zu verteilen.

§ 2. Jeder tatsächlich selbständig arbeitende Monteur beziehungsweise Mohrleger, welcher nach Zeichnung korrekt arbeiten kann, erhält nach einer Probezeit von vier Wochen einen Mindestlohn von 40 Pf. pro Stunde. Derjenige Monteur, welcher bei hiesigen Firmen mindestens ein halbes Jahr beschäftigt war und dafür den Nachweis erbringt, hat keine Probezeit abzulegen. Diejenigen Monteurs, welche im letzten Vierteljahr keine Zulage erhalten haben, erhalten von dem Tage an, an welchem der Lohnantrag in Kraft tritt, eine Zulage von 2 Pf. pro Stunde. Monteurs, welche jetzt 45 Pf. und mehr haben, können eine Zulage nicht verlangen und bleiben Zulagen von da an gemeinsamer Vereinbarung überlassen. Der Lohn für solche Monteurs, welche obigen Bestimmungen nicht nachkommen und nicht selbständig arbeiten können, bleibt gemeinsamer Vereinbarung überlassen. Monteurhilfen, welche als solche mindestens ein Jahr in diesem Beruf beschäftigt waren, erhalten einen Lohn von 27 Pf. pro Stunde.

§ 3. Arbeiten während der Zeit von 8 Uhr abends bis morgens 6 Uhr gelten als Nacharbeiten und wird dafür ein Zuschlag von 25 Prozent gewährt, desgleichen für Sonn- und Feiertag. Die erste und zwölfte Stunde werden als Überstunden gerechnet und mit einem Zuschlag von 10 Prozent bezahlt.

§ 4. Affordarbeit ist möglichst zu vermeiden.

§ 5. Landzulage für auswärtige Arbeiter wird dem Monteur mit mindestens 2 Mk., dem Gehilfen 1,50 Mk. pro Tag gewährt. In demjenigen Firmen, wo vor Inkrafttreten des Tarifs eine höhere Landzulage wie 2 Mk. beziehungsweise 1,50 Mk. gewährt worden ist, wird die höhere Zulage aufrecht erhalten. Für Arbeiten außerhalb Deutschlands werden mindestens 3,50 Mk. pro Tag für Monteurs bewilligt. Erfolgt Beförderung seitens der Arbeitsstelle, so ist die Zulage der beiderseitigen Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer überlassen.

§ 6. Ein Jahrgeld wird innerhalb der Stadtgrenze Breslaus nicht gewährt, jedoch wird die Laufzeit als Arbeitszeit gerechnet (exklusive der Laufzeit früh nach und abends von der Arbeitsstelle respektive dem Geschäft). Bei Arbeiten außerhalb wird die dritte Wagenklasse bezahlt und die Fahrzeit als Arbeitszeit gerechnet. Monteur und Gehilfe ist gehalten, in der Regel auch die dritte Wagenklasse zu benutzen.

§ 7. Jedem Monteur und Arbeiter (Gehilfe), wird Sonnabends eine halbe Stunde zur Lohnzahlung gewährt, sofern er außerhalb des Geschäftes beziehungsweise der Werkstätte arbeitet. Die Zeit, wann und wo die Lohnzahlung erfolgt, wird vom Arbeitgeber bestimmt. Bei den Feiertagen (Ostern, Pfingsten und Weinachten) wird der Lohn um 4 Uhr bezahlt. Die Arbeitszeit bleibt jedoch nach §§ 1 und 2 bemessen, sofern dringende Arbeit vorliegt.

§ 8. Bei Hoch- und Tiefbauten wird gutes und genügendes Ausholz, Hebeseg und Leitern geliefert. Auf Bauten und Streckenarbeiten ist nach Möglichkeit ein verschließbarer Raum zur Verfügung zu stellen, für welchen, soweit Streckenarbeiten in Frage kommen, bei eintretendem Frost eine Heizvorrichtung vorzuziehen ist.

§ 9. Sämtliche für den Beruf notwendigen Werkzeuge werden dem Monteur in gutem, brauchbarem Zustand übergeben; desgleichen Güter und Fußklappen, jedoch hat der Monteur für gute Instandhaltung und Abgabe in gutem, brauchbarem Zustand unter Berücksichtigung der naturgemäßen Abnutzung.

§ 10. Abfertigungen wegen Durchführung des Lohnantrags dürfen nicht stattfinden.

§ 11. Der Lohnantrag tritt am 1. April in Kraft, gilt ein Jahr und ist drei Monate vor Ablauf dieser Frist zu kündigen. Wird derselbe von Seiten der Arbeitgeber- oder Arbeitsmerkmalskommission nicht genehmigt, gilt er als auf ein Jahr verlängert.

§ 12. Seitens der Inhabere der Firmen und Arbeitnehmer ist eine Kommission zu bilden, welche aus je fünf Mitgliedern besteht, die über Streitigkeiten obigen Tarifs endgültig entscheiden. Die Kommission ist nur dann beschlussfähig, wenn mindestens drei Vertreter jeder Partei anwesend sind; nur von einer Partei mehr Vertreter erschienen, so ist vor Eintritt in die Verhandlung Stimmgleichheit herzustellen.

Der Tarif haben sämtliche in Betracht kommenden Firmen (insgesamt 50) anerkannt. Etwa 400 Arbeiter werden bei diesen beschäftigt. An sonstiger Tätigkeit wäre zu berichten, daß, abgesehen von Breslau, ich noch in zwei Fällen wegen Streitigkeiten der Mitglieder eingetreten bin. Einmal im Falle Ramin-Brieg, in anderen wegen geplante Neubildung der Sektion der Klempner in Götting. In beiden Fällen ist es gelungen, Einigung zu schaffen.

Flugblätter wurden eine ganze Menge verbreitet. Teils wurden die vom Hauptverband herausgegebenen verwendet. In Sachsen des Vorjahren Streites in Berlin wurde von mir ein in polnischer und deutscher Sprache gedrucktes Flugblatt herausgegeben und in Oberhesseln verbreitet.

Anlässlich der verschiedenen Differenzen in meinem und den anderen Bezirken wurden an die einzelnen Bezirke, wenn nicht durch die Presse Bekanntmachung erfolgte, Zeitulare verschickt. Diese Zeitulare hat sich sehr gut bewährt.

Auch der Ausknäuferteilung auf dem Gebiet der Sozialgesetzgebung habe ich mein Augenmerk zugewandt und mehrfach Artikel angefertigt. Das jüngste eine Frage wegen Beleidigung der Stadtrichter Polizeibehörde gegen mich angeordnet wurde, ist bekannt. Die Klage erobete mit geringer Verzögerung zu 50 Mk. oder 10 Tage Gefängnis wegen „objektiver“ Beleidigung.

Die in den Tagen meiner Abwesenheit in Breslau, vielfach aber auch unterwegs, erledigte Korrespondenz war ziemlich umfangreich. Es gingen ein 336 Postfächer, darunter 157 Briefe, 149 Postkarten, 8 Telegramme, 11 Postanweisungen und 15 Pakete. Aus gingen 733 Postfächer, und zwar 367 Briefe, 222 Postkarten, 8 Postanweisungen, 74 Telegramme, 20 Pakete und 7 Telegramme. Ein großer und ganzer zeigt wohl der Bericht, daß ich eine ziemlich umfangreiche und aufwändige Tätigkeit zu erfüllen hatte, schon allein aus Wahrung der Ehre die Organisation zu halten. Nachdem ich nun mit den Verhältnissen bekannt bin, hoffe ich, daß vor im kommenden Jahre ein erhebliches Stück vorwärts kommen und in meinem nächsten Bericht von einem erheblichen Fortschritt werde berichten können. Den schönsten Kollegen möchte ich noch parafieren: Sei jeder auf dem Posten, bestei mit bei der so wichtigen Arbeit, dass werden wir auch größere Erfolge erzielen, trotz alledem!

Breslau Friedrich Schlegel

Rassenbericht für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1903.

| Einnahme: | | Ausgaben: | |
|--|--------|--|--------|
| | Mk. | | Mk. |
| Von d. Hauptkassenerhalten am 4. Juli | 800,00 | Fahrtgelber und Diäten: Eigene | 921,90 |
| 3. Juli | 800,00 | In Beauftragte | 189,85 |
| 17. August | 500,00 | Gehalt für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Decbr. | 960,00 |
| 28. September | 600,00 | Für Druckfachen und Inserate | 142,50 |
| 24. November | 500,00 | Für Bureaueinrichtung u. Utensilien | 493,20 |
| 3. Dezember | 500,00 | Für Miete, Reinigung, Heizung und Licht | 77,50 |
| Von der früheren Agitationskommission überwiesen | 45,10 | Für Porto und Schreibmaterial | 107,30 |
| Von d. Verwaltung Berlin als Beitrag zum Gewerkschaftskontakli-Oberjahren erhalten am 4. Oktober | 500,00 | Zuschüsse (Oberhesseln 300 Mk., Neufahr 4 Mk.) | 304,00 |
| Sonstige Einnahmen | 1,10 | Zeitschriften und Bücher | 69,14 |
| Summa 4048,20 | | Sonstige Ausgaben | 111,80 |
| | | Summa 3326,69 | |

Bilanz.

| | |
|--|-------------|
| Einnahme | Mk. 4048,20 |
| Ausgabe | 3326,69 |
| Rassenbestand am 31. Dezember 1903 | Mk. 719,51 |

Korrespondenzen.

Former.

Landshut. Wir sind veranlaßt, über die Maschinenfabrik und Eisengießerei von Häuser einiges zu berichten. In dieser Fabrik ist jetzt die 18- und 14stündige Arbeitszeit an der Tagesordnung. Eine besondere Vergütung für die Überstunden, die es doch früher gegeben hat und in den meisten Büden jetzt noch gibt, wird nicht geleistet. Kommt man früh eine Stunde zu spät, was bei der Abreiteret in dieser langen Arbeitszeit einmal vorkommen kann, so wird man darauf aufmerksam gemacht, daß man sich extra zu entschuldigen hat. Die Böhmern lassen viel zu wünschen übrig. Für Former gibt es 22, 26, 30, 33 Pf.; 35 Pf. ist schon der höchste Lohn für einen Fremden. Die Jollen aber auch noch ruhig sein und keinem anderen etwas sagen, daß sie 35 Pf. haben. Tagelöhner erhalten 16 und 22 Pf., dazu werden sie Schafsköpfe vom Meister tituliert. Der Gußmeister dürste den Kollegen von Gera her wohl bekannt sein, denn das ist der in Gera hinausgesogene Herr Hofbach. Die Formisten sind sehr fein eingerichtet, man muß viel Zeit verbrauchen, um das schlechte Material in ein Stand zu setzen, das man schließlich doch mit großer Mühe den betreffenden Gußteil herzustellen vermag. Zwar stehen uns nach Holzlasten zur Verfügung, aber das ist doch selbstverständlich, daß man in einer gut eingerichteten Gießerei mehr produzierten kann als mit solchem Material. Auch der Ofen ist noch sehr weit zurück, es wird damit von den Arbeitern viel Zeit überflüssig in Anspruch genommen. Dadurch kommt die Arbeit etwas höher zu stehen als anderswo. Aber trotz aller dieser Mißstände soll man zu viel leisten wie anderswo. Der Guß wird nämlich abgemessen, auf daß man die Leistung genau kontrollieren kann. Es ist aber sehr bedauerlich, daß selbst die älteren Kollegen sich bei ein paar Pfennigen Lohn, die sie mehr als andere Kollegen erhalten, mit solchen Arbeitsmethoden abfinden. Solche Mißstände können nur beseitigt werden, wenn sich alle Kollegen dem Deutschen Metallarbeiter-Verein anschließen.

Reichstadt i. W. Seit kürzlich berichteten wir über die traurigen Zustände bei den Johann-Albrechts-Werken. Und nun liegt uns schon wieder die Pflicht ob, die Öffentlichkeit in Anspruch zu nehmen. Es ist nämlich jetzt hier die Affordarbeit eingeführt und werden hauptsächlich Säulen angefertigt. Für eine Säule mit 20 Rippen, die circa 18 Zentner wiegt, werden sage und schreibe ganze 7,70 Mk. bezahlt. Fragt man den Betriebsführer, ob es nicht mehr dafür gibt, so erhält man zur Antwort: Mit den Arbeitern habe ich nichts zu tun, man solle sich an den Meister wenden. Dieser schickt dann die Leute wieder zum Betriebsführer. So geht es immer in einem fort. Kollegen, wir warnen hierdurch jedes, auf die Versprechungen, die von den Former machenden Beamten gemacht werden, hineinzufragen.

Feilenhauer.

Wien. Die Firma Winterhoff zieht wieder einmal die Aufmerksamkeit der hiesigen Kollegen auf sich. Wer diese Firma kennt, weiß, daß es nie glänzend daselbst war; seit aber des Meisters zweite Frau dort das Regiment führt, haben die miserablen Zustände ihren Höhepunkt erreicht. Schaut sich zum Beispiel jemand um, wenn die Gnädige gerade anwesend ist, so heißt es gleich: „W. 3 sehen Sie sich um, bin ich Ihnen etwas schuldig?“ u. s. w. Dann das Arbeitsverhältnis: Zwei bis drei Tage in der Woche bummeln, dann wenn Arbeit da ist, Tag und Nacht schuften; dazu ganz minimale Löhne. Um diesem Übelstand zu steuern, hatten wir, als Winterhoff sich an unseren Arbeitsnachweis um einen Gehilfen wandte, ihn durch letzteren einen Tarif zukommen lassen mit dem Bemerkten, daß er nur, wenn er diesen Tarif anerkenne, fernerhin von uns Gehilfen erhalten werde. Winterhoff sagte zu und der Kollege sang an zu arbeiten. Als aber des Meisters Sohn, der als Gehilfe daselbst beschäftigt ist, die Vorteile des Tarifs sah, wollte der es auch nicht mehr billiger tun. Jetzt aber kam ein „Auch-Feilenhauer“ (August Engels heißt dieser Bursche), und bot seine Dienste für 30 Pf. pro Stunde an. Winterhoff hieß, als er an einer solchen Stelle halt gefunden hatte, seinen Sohn und den einen Kollegen gehen. Mit der Lohnzahlung ist es auch sehr schlecht bestellt; sie findet gewöhnlich Sonntags abends zwischen 10 und 12 Uhr statt. Es wird manchmal auch noch später, aber dann dürfen die Gehilfen ihren Lohn trotzdem nicht fordern, sonst bekommen sie die schönsten Sachen zu hören, wie gemeiner Mensch, dumme Bengel u. s. w. Auch macht Winterhoff gerne Abschlagszahlungen von 2 bis 3 Mk., wobei er sagt: Das übrige bekommen Sie im Laufe dieser Woche. Als allen diesen Fällen mögen die Kollegen ersehen, wie die Sache hier steht. Von unserer Versammlung ist der Beschluß gefaßt worden, die Bude von Winterhoff für immer zu sperren.

Metallarbeiter.

Duisburg. Recht traurige Zustände herrschen bei der Firma Baegem & Kretmann, Maschinenfabrik, Abteilung Großfeld. Dort besteht eine sogenannte Wohlfaß-Einrichtung (Pensionskasse). Arbeiter, die dreißig Jahre ununterbrochen bei der Firma tätig waren, erhalten dann eine Pension von sage und schreibe 19 Mark 16 Pf. pro Monat. Jeder Arbeiter ist verpflichtet, derselben beizutreten. Auf wiederholtes Drängen der Arbeiter, die Pension etwas zu erhöhen, sah sich der Aufsichtsbekannt, diese beschiedene Bitte Herrn Reichmann zu unterbreiten. Die Bitte wurde auch gehört. Als am 30. Mai des Jahres vorüber war, mit den unangenehmsten Paragrafen einzuf, glaubten die Arbeitervertreter ein Recht zu besitzen, diese Paragrafen durchzubrennen und etwaige Streikwagen vorzunehmen. Die Bewilligung zu einer Zusammenkunft wurde in Abwesenheit des Betriebsleiters hinz von dem nächsten Vorgesetzten der Beauftragten eingeholt. Noch bevor der Sitzung traf der genannte Herr Hinz auf dem Werke ein und erwiderte sich nach der Ursache dieser Zusammenkunft. Als er den Grund erfuhr, beschloß für einige der Beteiligten des Unwesens los. Zwei derselben mußten in vierzehn Tagen das Werk verlassen. Auch wurde den so genannten Paragrafen kein Wort der Bedenken entgegen. Der Herr Hinz, der dem Hinz abschlägig, spottet jeder Bedenken. Die beteiligten Arbeitervertreter legten hierauf beschwören die Hand nieder, um nicht auch nutzlos zu werden. Auch lehnte die Firma jegliche Vermittlung ihrerseits ab. Man ging daraufhin davon aus, daß man drohte, derjenige, der sein Amt nicht mehr annimmt, wird entlassen. Die Bedingung der beiden Arbeitervertreter wurde zurückgezogen, jedoch wurde vor sämtlichen Meistern

und Vertretern erklärt, daß der eine bei der ersten besten Gelegenheit hinausflüge. Jede weitere Bemerkung ist hierzu überflüssig, jedoch den Arbeitern rufen wir zu: Schließt auch dem Deutschen Metallarbeiter-Verein an, dann werden solche Mißstände verschwinden und auch die Behandlung wird eine andere werden.

Essen. Empörend ist es, wie die Wohlfahrtsfirma Krupp mit ihren Arbeitern verfährt. Es möge sich daher der heilige Paasche, wenn er noch einmal in die Verlegenheit kommt, ein Loblied über diese Werkfirma angestimmen, folgendes ins Werkbüchlein schreiben. Der Schmied W. K. hat seit 1894 zur vollsten Zufriedenheit dort gearbeitet und wurde, was jedem Sterblichen passieren kann, krank. Nach seiner Genesung, als der Mann glaubte, seine Tätigkeit wieder aufnehmen zu können, erhielt er von der Firma den Befehl, er könne nicht mehr eingestellt werden. Können sich die Verfechter dieser vor ihnen so gepriesenen christlichen Weltordnung einen Begriff machen, wie diesem Manne zu Mute ist? Schwerlich. Nach unseren Begriffen gehört schon eine ganz robuste Natur dazu, einen Familienvater mit drei Kindern nach langem Krankenlager vollends ins Grab zu stoßen. Doch was schert sich diese Willensfirma darum. Dann treibt diese Firma den Unfug, schwarzgeänderte Briefbogen mit Kuverts zu versenden, worüber schon mehrfach Klagen geführt wurden. So wurde vor kurzer Zeit eine Familie mit einem derartigen Trauerfahnen beehrt; die Frau, die in geeigneten Umständen war, wurde vor Schred nervös. Es wird Zeit, diese Dinge zu verbrennen, denn an Trauer denkt kein Pferd gerade, geschweige ein Mensch. Unsere Christen rührt dieses aber nicht, die Hauptsache ist, wenn man anders- und freibedende Menschen belügen und verlocken kann, der Zweck heiligt die Mittel. So liest man jetzt den horrendsten Unfug über die Hferloher Ausperrung und den Schluß derselben. Wie aus den Wolken gefallen war ich, als in den christlichen Organen stand, dem Vorstehenden der christlichen Textilarbeiter Schiffer, sowie dem christlichen Arbeiterführer Becker sei es gelungen, die Ausperrung beizulegen. Wenn das wahr ist, dann können sich die Hferloher Arbeiter bei diesen christlichen Herren bedanken; auf der Niedener Kirchweih werden die Parteifreunde dann wohl das Siegel darauf gedrückt haben. Die Parteifreunde sind jene Genusfabrikanten, die ihre eigenen Parteigenossen (Arbeiter) ausgeperrt hatten. Sodann wird das Märchen vom Rüchtauszahlen zu Pfingsten kolportiert und versucht es diese Musterchristen so hinzustellen, als ob kein Geld vorhanden gewesen wäre. Obwohl jeder weiß, daß zu Pfingsten nur Vorschuß gegeben wurde, also kein Zahlung war, trotz alledem müssen unsere Christen in die Welt posaunen, die Fabrikanten seien dadurch ermuntert worden, weil der Metallarbeiter-Verein kein Geld mehr habe. Sollte dieses nicht auf die Christlichen passen? Die Christlichen wissen doch, was der Deutsche Metallarbeiter-Verein, ohne verpflichtet zu sein, dort getan hat. Und wie war es in der letzten Sitzung, als der Genosse Simberg anfragte, wie die Kosten der Abgeschobenen geregelt werden sollten? Der Vertreter des Hirsch-Bunderschen, Trabert, erklärte sich bereit, sein Teil beizutragen. Doch von den Christlichen habe ich nichts vernommen. Soll man dieses Stillschweigen vielleicht dahin deuten, daß die Christen zu viel Geld hatten? Also liebe Christen, laßt doch das Prahlern, wir wissen ja genau, wo ihr eigentlich seid. Ferner wird von unserer Nichtachtung des Waffenstillstandes geredet. Wissen denn die Christen nicht, daß die Fabrikanten den Waffenstillstand zuerst nicht geachtet haben? Waren sie es nicht, die trotz des Waffenstillstandes Menschenhändler, sogenannte Agenten, in die Welt schickten, in allen Blättern Deutschlands inserierten, so daß wir gerade zu dieser Zeit am meisten abschieben mußten? Doch die Christen müssen einen Strohhalm haben, darum das Gejeter.

Friedrichroda i. Th. So erwünscht es für einen Ort wie Friedrichroda, dessen Bewohner fast ausschließlich von den hier verkehrenden Kurgästen leben müssen, auch ist, wenn sich etwas Industrie entwickelt, so müssen doch die sich einstellenden Anzutragsigkeiten und sonstigen Auswüchse des kapitalistischen Systems energig bekämpft werden. Hier kommen für uns nur zwei Betriebe in Betracht, die Kunsthilfloserei von Ernst Stöcker und die Thüringische Kinderkarrusfabrik, wo der offizielle Titel lautet, von Joh. Schönau. Letztere Bude ist es auch, mit der wir uns etwas näher beschäftigen müssen. Vor einiger Zeit suchte die Firma in einer Gothaer Zeitung tüchtige Schloffer, auf Blecharbeit geübt, bei dauernder Beschäftigung. Es wurden auch einige eingestellt; jedoch sind davon schon wieder welche fort. Während dieses Frühjahr fortwährend Neueinstellungen erfolgten, kommt jetzt eine Entlassung nach der anderen, angeblich wegen Arbeitsmangel. Von ungefähr 20 Mann sind bis jetzt bereits 13 Mann entlassen, drei davon sind allerdings „freiwillig“ gegangen. Wer weiß, wie vielen in nächster Zeit noch der Abschied zu teil wird. Kündigung ergibt nicht, gewöhnlich Sonnabends bei der Lohnzahlung werden die Ausserwählten ins Kontor zitiert, wo ihnen der ehemalige Feldwebel, Polizist, Gendarm und Gastwirt, jetziger „Buchhalter“ (besser Fabrikarbeitsmann) Haufinger mit gravitätischer Amtsmiene die Papiere überreicht. Ueberhaupt spielt dieser Herr in der Fabrik so eine Art Vorsehung, ohne dessen Wissen und Willen keiner beiseite gehen darf, ohne daß es im schneidigsten Kasernenhonorar „hagelt“. Was Geistes Kind dieser, wie schon angedeutet, alles mögliche gewesene Herr ist — pardon, von Beruf war derselbe auch Fischehergelle — dafür zeugt so manche Äußerung desselben, von deren Veröffentlichung wir vorläufig noch Abstand nehmen wollen. Sein als Feldwebel oder Gendarm gesammelter Wortschatz wird auch durch die nebenbei betriebene Rechtskonjunktionspraxis vermindert. Was die Entlassungen betrifft, sind dieselben zum Teil durch die Eigenart des fabrikierten Artikels begründet; denn Kinderkarrus sind ein Saisonartikel. Jedoch spricht in erster Linie Herr Haufinger ein gewichtiges Wort mit, und wo seine Macht nicht ausreicht, lassen es sich seine Trabanten angelegen sein, mißliebige wurdene Arbeiter hinauszuschieben. Herr Schönau selbst ist ja ein ganz guter Mann, leider aber zu schwach, um den Übermut des Herrn Haufinger zu brechen. Leider verstehen es auch die Arbeiter nicht, durch Einigkeit seiner Übergriffe sich zu erheben. Hoffentlich schein dieselben ihren Fehler noch ein, ehe es zu spät ist, und treten der Organisation bei. Die auswärtigen Kollegen aber, speziell von Gotha, Saalfeld und Rudolstadt, mögen es sich zweimal überlegen, ehe sie auf Inserate dieser Firma hereinfallen, zumal außer der bereits erwähnten Kunsthilfloserei weiter keine Metallindustrie am Orte ist und auch an diesem Betrieb die Krise nicht spurlos vorübergegangen ist.

Hferloher. Genau acht Tage nach Beendigung der Rassenausperrung hielt die hiesige Lokorganisation eine Generalversammlung ab, in welcher der Übertritt zum Deutschen Metallarbeiter-Verein auf der Tagesordnung stand. Nach den Ausführungen des Arbeitersekretärs Simberg wurde beschlossen, am 1. Juli dem Verband beizutreten. Es wurde aber der Wunsch in der Versammlung laut, daß dann auch eine vollständige Reorganisation der Ortsverwaltung eintreten möge. Bezüglich des Verlaufs der Ausperrung ist die für die Arbeiter gemäß rühmliche Tatsache zu verzeichnen, daß nicht eine einzige Ausdreitung oder Schlägerei vorgekommen ist. Dieses hat man doch nur der Intelligenz der Hferloher Arbeitererschaft zu verdanken. — Es sind bis jetzt noch ungefähr 546 Ausgedreite auf der Straße geblieben. Hatte sich bei denselben in der ersten Zeit eine gewisse Niederlage eingeschlichen, so hat doch jetzt wieder eine Ermunterung Platz gegriffen, nachdem bekannt wurde, daß für die Nichteingestellten eine Zeit vom Verband gesorgt wird. Nach einigen Wochen wird sich wohl die Lage derartig gestärkt haben, daß die Hferloher Arbeiter die letzten Opfer der Ausperrung werden selbst unterziehen können. Deshalb lassen wir den Mut nicht sinken; wir werden so lange arbeiten, bis auch der letzte noch unorganisierte Mann in der Zentralorganisation, dem Deutschen Metallarbeiter-Verein, ist. Dann werden auch für die Hferloher Arbeiter wieder bessere Zustände kommen.

Gorau N.-L. Was die Unternehmer alles den Arbeitern zu bieten wagen, zeigt sich deutlich hier in der Maschinenfabrik von P. Maritz. In der Schlosserei sind Löhne von 15, 18 und 22 Pf. ganz und gäbe. Wird im Afford gearbeitet, so weiß der Betreffende überhaupt nicht genau, was er verdient. Wenn das nicht paßt, bet

kann gehen. Der Meister ein früherer Schlosser, der übrigens beim Gewerksverein ist, führt hier ein Regiment, daß jeder Beschreibung spottet. Trotzdem er auch eigene Vereinstollegen tyrannisiert, wird von der Verwaltungsstelle der Hirsch-Dunderschen nichts gegen ihn unternommen. Fast genau so liegen die Verhältnisse in der Pöschel-Schmiebe. Die Krone dieser Hude wird jedoch von dem Formermesser markiert. Derselbe langte vor nunmehr Jahresfrist hier an, war äußerst zuvorkommend gegen die alten Formen, ging mit denselben aus, versprach Leben in die Hude zu bringen und den Lohn aufzubessern. Seinen wahren Charakter zeigt diese gefühlslebe Seele jetzt von einer ganz anderen Seite. Die Ausdrücke, die er gegen seine Leute gebraucht, sind sehr lebenswürdig: „Schweinehund“, „Saubande“, „Lumpenkerle“, „ich schlag euch die Köpfe ein“ sind an der Tagesordnung. Die Formen, alles organisierte Leute, wurden am Sonnabend den 6. Juni beim Chef vorkollt, weniger wegen der Behandlung als wegen des miserablen Lohnes, den sie für ihre Schinderei bekamen. Sie arbeiten jetzt an Fundamentplatten für elektrische Masten, die ein Gewicht von 29 Zentner haben. Trotzdem täglich 18 bis 14 Stunden gearbeitet wurde, verdienen die Formen nicht mehr als 14 bis 16 Mark wöchentlich im Afford. Die Antwort, die ihnen vom Chef zu teil wurde, war äußerst lakonisch: „Ich habe meinen Meister, und wer für 40 Pf. pro Zentner nicht arbeiten will, kann gehen.“ Infolgedessen haben am Sonnabend den 13. Juni vier Kollegen die Arbeit aufgegeben. Sie wollten lieber tagelöhner als sich länger als Arbeitslöhner benützen lassen. Kollegen, ihr seht, daß in Sorau für euch nichts zu holen ist. Wir richten an euch das Ersuchen, Sorau nicht mehr so zu überlaufen wie das bisher der Fall war, damit hier erst einmal andere Zustände geschaffen werden können.

Rundschau.

Die Reichstagswahlen

haben für die Sozialdemokratie ein über Erwarten glänzendes Resultat ergeben. 56 sozialdemokratische Abgeordnete sind im ersten Wahlgange gewählt worden, genau soviel als die Partei vor fünf Jahren überhaupt Abgeordnete erzielte. In 119 Wahlkreisen kommen ihre Kandidaten in die Stichwahl, so daß die sozialdemokratische Fraktion im neuen Reichstage mindestens 80 Mann stark sein wird. Die Stimmen, die für die sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben wurden, haben sich in erstaunlicher Weise vermehrt. Nach einer vorläufigen Aufstellung, die eher zu niedrig als zu hoch gegriffen ist, beträgt der Stimmenzuwachs zirka 900000! Auf die einzelnen Landesstimmen entfallen gegen 1898 mehr Stimmen: Hannover 25688, Berlin 83000, Schleswig-Holstein 29500, Provinz Hannover 80000, Brandenburg, ohne Berlin 90000, Provinz Sachsen 40000, Rheinland-Westfalen 180000, Oberhein 29500, Ostpreußen 10000, Westpreußen 7000, Pommern 17000, Hessen-Nassau 17000, Schleßen 40000, Königreich Sachsen 150000, Bayern 70000, Württemberg 37800, Baden 23000, Großherzogtum Oldenburg 6400, Sachsen-Weimar 7500, Mecklenburg 10900, Großherzogtum Hessen 11200, Braunschweig 8800, Anhalt I und II 4100, Elbisch-Lothringen 17800, Schwarzburg-Rudolstadt 2000. Die Gesamtstimmenzahl wird also sicher drei Millionen, eher mehr als weniger betragen. Das arbeitende Volk Deutschlands hat durch diese Stimmenabgabe bewiesen, daß es in der sozialdemokratischen Partei die berufene Vertreterin seiner Interessen erblickt. Die erlangten Erfolge werden ohne Zweifel auch auf die fernere Entwicklung und das Wachstum der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen von großem Einfluß sein. Vorwärts denn auf der bisherigen Bahn zu neuen Erfolgen!

Ein vernichtendes Urteil gegen die Scharfmacher

ist die Niederlage des pensionierten Kruppdirektors Jende im 20. sächsischen Wahlkreis. Jende bildete bekanntlich seit Jahren neben den Bued und Beumer den Mittelpunkt aller scharfmacherischen Bestrebungen. Er war es, der die „Wohlfahrts-einrichtungen“ der Firma Krupp systematisch ausbaute. In der Wahlkämpfe scheute sich Jende nicht, zum Volke herabzusteigen. Herablassend rief er den Arbeitern zu, schüttelte den Kleinbauern die Hände und schmeichelte dem Mittelstand. Sogar in die elenden Wohnungen der Weber ließ er sich führen. Die Blätter des Zentralverbandes verkündeten bereits den Sieg des Oberscharfmachers — das Geld des Zentralverbandes ergoß sich auch nur so über den Kreis, selbst die sächsische Regierung legte sich für Jende ins Zeug, der ganze Beamtenapparat, vom Amtshauptmann bis zum Nachwächter, trat für den Scharfmacher ein. Die Sozialdemokraten verfielen demgegenüber nicht, die Zuchthausvorlage und die bekannte 5000 Mk.-Spende zu dem 12000 Mk.-Beitrag des Zentralverbandes der Industriellen an die Regierung zur Agitation für die Zuchthausvorlage in den Mittelpunkt des Wahlkampfes zu rücken. Und die Folge? Rosenow wurde mit 5000 Stimmen Mehrheit über Jende gewählt, so daß jede Mark, die der Scharfmacher Jende für die Zuchthausvorlage hergab, der Sozialdemokratie eine Wahlstimme mehr gebracht hat. Im 20. Wahlkreis ist nicht nur die Scharfmachererei, sondern auch die Scharfmachererei gründlich gerichtet worden. Die Chemnitz Volksstimme quittiert über das Resultat wie folgt:

Quittung

für den Vorsitzenden des Zentralverbandes deutscher Industrieller, Herrn Dr. ing. Karl Jende, Geh. Finanzrat in Dresden, über

5000 neue Sozialdemokraten,

geliefert pro Stück für 1 Mk. = Summa 5000 Mk.
20. Reichstagswahlkreis, den 16. Juni 1903.
Die sozialdemokratische Arbeiterschaft.
NB. Bei weiterem Bedarf halten uns bestens in Empfehlung und sind gern bereit, bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt zu gewähren. Liefern eventuell schon zur Hälfte obigen Preises. D. D.

Hereingefallen und eingeseift.

Im Wahlkreise Bodum, in dem Genosse Hue zum Reichstag kandidierte und mit einer riesig angewachsenen Stimmzahl in die Stichwahl gekommen ist, leisteten sich die Zentrumslaplane in der Begeisterung der sozialdemokratischen Partei und ihrer Kandidaten das Menschenmöglichste. Der Kaplan Hille rebete u. a. vom „roten Bebel“ und von der „roten Bande“. Besonders köstlich aber ist folgender Erguß:

„Wenn wir christlich Gesinnten ernstlich wollen, dann sind wir allen anderen über. Gerade jetzt, wo ein Arbeiter von der Zentrumspartei auf den Schild erhoben worden ist, müssen die Angehörigen der anderen Berufsstände zeigen, daß sie Solidarität gelernt haben und Mann für Mann entretreten für unsern lieben Theodor Berse, damit zur Wahrheit wird, was in einem sozialdemokratischen Flugblatt steht, das lautet: „Den wählen wir am 16. Juni? — O — u — e. Meine Herren, wie heißt das O — u — e?“
Hereingefallen und eingeseift!

(Große Heiterkeit und Zustimmung.) Sorgen wir dafür, daß die Herren Genossen ihren Willen bekommen, daß sie hereinfallen und eingeseift werden (lebhafter Beifall) und daß in den neuen Reichstag als Vertreter unserer Wahlkreises einzutreten wird unser Kandidat der Bergmann Theodor Berse.“
Das Schönste bei der ganzen Geschichte ist nun aber, daß nicht Hue hereingefallen und eingeseift worden ist, sondern der Kandidat des Zentrums, Berse, der nicht einmal in die Stichwahl gekommen ist.

Wie die National Liberalen die Arbeiter verhöhnen.

In der „Rhein. Ztg.“, dem Organ der rheinisch-westfälischen Industriebarone, findet sich ein Aufsatz: „Der Wä und die soziale Frage.“ Es heißt da: „Für die meisten Menschen besteht nun das

brohende Gespenst der Arbeitslosigkeit und insofern dessen der Hunger mit seinen Folgen vornehmlich im Winter. Was macht nun der Wä zu dieser Zeit, wo er ebenfalls nichts zu beissen und zu brechen hat? Er legt sich in den nördlichen Gegenden einfach schlafen.“ Dieran schließt sich eine Abhandlung über den Winterschlaf des Wärens, worin besonders hervorgehoben wird, daß er während der ganzen Zeit keine Nahrung zu sich nehme und auch vorher nicht außerordentlich viel freße. Dann folgt die Aryanwendung:

„Es liegt auf der Hand, daß, wenn es dem Menschen gelingen sollte, denselben Zustand des Körpers, insbesondere des Blutes etwa durch eine entsprechende Einspritzung hervorzuufen und sich dadurch über schlimme Jahreszeiten hinwegzuhalten, der Menschheit ein größerer Dienst erwiesen würde, als durch alle sozialdemokratischen Phrasen zusammengekommen.“
Vernehm es, ihr Arbeiter! Der Bourgeois gelehrte, der dies schrieb, wünscht euch durch Einspritzungen die Zeit der Arbeitslosigkeit über in Schlaf zu versetzen, damit ihr nicht zu essen braucht. Hat man eure Arbeitskraft nötig, so werdet ihr geweckt! Der Bourgeois betrachtet Euch als Tiere, an deren Futter man sparen will.

In's Gesicht gespuckt.

Die Hirsch-Dunderschen wollen der Welt immer noch glauben machen, daß an ihnen in Nürnberg ein kolossales Verbrechen begangen worden sei. Im Regulator macht ein Herr Drieslein, der ja die Lüge von dem In's-Gesicht-Spucken erfunden hat, den Versuch, sich herauszulügen. Diesen wiederholten Versuchen ist folgendes entgegengehalten, was ein Nürnberg Berichterstatter dem Vorwärts schreibt: „Der Ortsverbandsausschuß der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine in Nürnberg schickte der fränkischen Tagespost eine Verichtigung, worin jene Behauptung wiederholt wurde. Die Tagespost verweigerte die Aufnahme der Verichtigung, da sie den Tatsachen nicht entspricht. Der Ortsverbandsausschuß veröffentlichte nun eine Erklärung, in der er auf seinen Behauptungen stehen bleibt und Klage gegen die Tagespost in Aussicht stellt. Diese Erklärung wird auch in der freisinnigen Zeitung abgedruckt. Um zu zeigen, was an den freisinnigen Flunkereten ist, sei ausdrücklich festgestellt: Am 10. Juni abends fand sich der Hirsch-Dunderscher, der infultiert und dem ins Gesicht gespuckt sein soll, auf dem Bureau des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Nürnberg ein und gab in Anwesenheit von Zeugen, darunter der Beamte des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und unser Nürnberger Korrespondent, folgende Erklärung ab: Es ist mir nie ins Gesicht gespuckt worden. Ich habe niemals zu Drieslein (dem Vorsitzenden des Gewerksvereins der Schlosser und Maschinenbauer) gesagt, daß mir ins Gesicht gespuckt worden sei. Herr Drieslein hat einen Artikel aufgestellt und mir vorgelesen, worin diese Behauptung aufgestellt wurde; ich habe ihn sofort und später wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß dies nicht wahr sei. Trotzdem kam der Artikel in die Zeitung. Ich bin von den Metallarbeiter-Verbandlern niemals deshalb belästigt worden, weil ich Gewerksvereiner bin, und habe mit ihnen stets in Frieden gelebt.“

Polizeiliche Eingriffe in das Versammlungsrecht.

Schon wiederholt haben wir berichtet, daß die Berliner Polizei gegen die streikenden Metallarbeiter der Firma Mehlisch in der Sophienstraße in einer Weise vorgeht, die die schärfste Kritik verdient. Streikposten wurden ohne jeden rechtlichen Grund stilliert, nach dem Polizeipräsidium transportiert und dort längere Zeit in Haft gehalten. Den streikenden Arbeitern wurde das Betreten der Sophienstraße verboten, mit einem Worte: die Polizei maulte in der Sophienstraße ihres Amtes derart, daß sie von einem Sendarm in Hintereisern, von Amtsvorsteher und Landrat oft ein ungeniertes Willkürregiment führen, nicht mehr übertraffen werden kann. Bisher konnte man annehmen, daß das unter dem Schutze der Straßenpolizeiordnung gegen die Streikenden verübte Unrecht auf das Konto der Beamten des betreffenden Reviers zu setzen sei. Jetzt ist aber durch Tatsachen der Beweis erbracht, daß auch das Polizeipräsidium den unberechtigten Kampf gegen die streikenden Arbeiter mitmacht. Während die Revierbeamten in der Sophienstraße durch ihr Vorgehen gegen die Streikposten das Koalitionsrecht der Arbeiter schwer beeinträchtigen, greift der Polizeipräsident ohne weiteres in das Versammlungsrecht der Arbeiter ein. Er verbietet dem Metallarbeiter-Verband kurzerhand die Abhaltung von Versammlungen in der Sophienstraße!

Der Ortsvorsitzende des Metallarbeiter-Verbandes, Kollege Cohen, meldete dieser Lage eine Versammlung an, die im Lokal Sophienstraße 84 stattfinden sollte. Nach der Anmeldebefreiung, die die Polizei zu erteilen verpflichtet ist, erhielt Cohen ein Schriftstück, welches kurz und bündig sagt:

„Der Polizeipräsident, Abteilung VII.
Die von Ihnen für den 17. Juni dieses Jahres, vormittags 11 Uhr, in dem Lokal Sophienstraße Nr. 84 angemeldete Versammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes wird hierdurch auf Grund des § 10 II. 17 des Allgemeinen Landrechts im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit verboten.
J. B. Friedheim.“

So wird also das durch die preussische Verfassung für jeden Staatsbürger festgelegte Recht, ohne obrigkeitliche Erlaubnis Versammlungen abzuhalten, durch einen Federstrich des Polizeipräsidenten für einen Teil der Staatsbürger einfach aufgehoben. Nicht etwa um ein einzelnes Verbot handelt es sich, sondern um eine ganz allgemeine Verhinderung von Versammlungen des Metallarbeiter-Verbandes. Nach dem ersten Verbot meldete Cohen eine Versammlung für den folgenden Tag an. Auch diesmal erfolgte prompt das Verbot in der oben angegebenen Form. Noch ein drittes Mal wiederholte sich derselbe Vorgang, und da Cohen den Versuch, das Versammlungsrecht auszuüben, selbstverständlich beharrlich fortsetzt, so werden auch jedenfalls weitere Verbote folgen.
Es kann gar kein Zweifel darüber herrschen, daß die hier bezeichneten Versammlungsverbote völlig ungesetzlich sind. Der § 10 II. 17 des Allgemeinen Landrechts, auf den sich die Polizei beruft, gibt ihr nicht das Recht, Versammlungen zu verbieten, selbst wenn sie befürchtet, daß durch die Versammlung die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährdet werden könnte. Diesen Standpunkt hat das Oberverwaltungsgericht erst kürzlich wieder eingenommen aus Anlaß eines Versammlungsverbots in Danzig, es entspricht übrigens der herrschenden Rechtsauffassung dieses Gerichtshofes. Auch auf dem Berliner Polizeipräsidium muß man die Rechtslage kennen, und das ist es umso mehr zu rügen, daß man trotzdem mit ungesetzlichen Verböten vorgeht.

Was für Anschauungen auf dem Polizeipräsidium über das Versammlungsrecht herrschen, und wie unbekümmert man in dies durch die Verfassung garantierte Recht eingreift, dafür zeugt eine Unterredung, welche Genosse Cohen mit einem Beamten des Polizeipräsidiums, dem Geheimrat Muhl, hatte. Cohen beschwerte sich auf dem Polizeipräsidium persönlich über das ungesetzliche Verbot. Er wurde an den Geheimrat Muhl gewiesen, und dieser Beamte sagte zu Cohen: Wozu halten Sie denn Versammlungen ab, da wird ja doch nichts Wichtiges besprochen. Wie lange wollen Sie denn noch streiken, soll es denn das ganze Jahr so fortgehen? Glauben Sie denn, daß mir immer die Hälfte der Berliner Schutzleute nach der Sophienstraße schicken können?
Als Cohen den Herrn Geheimrat auf das kürzlich veröffentlichte Urteil des Oberverwaltungsgerichts aufmerksam machte, welches das Verbot als ungesetzlich bezeichnete, da meinte der Herr Geheimrat in aller Seelenruhe: Das Urteil kennen wir, aber es bleibt bei dem Verbot. Wenn Sie damit nicht zufrieden sind, können Sie den Rechtsweg beschreiten. Glauben Sie nur nicht, daß wir ein Verbot, welches wir gestern erlassen haben, heute wieder zurücknehmen.

Das ist echt preussischer Polizeigeist: Was kümmert uns Gesetz und Rechtsprechung! Wir machen das wie wir wollen! Der Staatsbürger kann den Rechtsweg beschreiten, dann wird nach Monaten entschieden, daß das Vorgehen der Polizei ungesetzlich war, aber die Nachteile, die den Staatsbürgern aus dem polizei-

lichen Eingriff in ihr Versammlungsrecht erwachsen sind, die kann das Urteil nicht wieder gut machen!

Die Versammlungsverbote werden auch in dem vorliegenden Falle ohne Zweifel durch gerichtliches Urteil als ungesetzlich erklärt werden, und das Polizeipräsidium wird eine Niederlage erleiden, die es sich hätte ersparen können.

Verstärkte Androhung einer Schädigung und § 153 der Gewerbeordnung.

Während des Streiks bei Dorsig in Regal traf der Metallarbeiter 3. zwei Arbeitswillige. Auf seine Frage: „Ihr arbeiter in Regal?“ erhielt er die höfliche Antwort: „Das geht dir 'n Dreck an!“ Darauf bemerkte er: „Markt nur, einmal kriegen wir euch doch, es kommt noch eine andere Zeit.“ Wegen dieser Äußerung wurde 3. vom Landgericht auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung zu einer Gefängnisstrafe von 14 Tagen verurteilt. Das Gericht führte aus, diese an die beiden arbeitswilligen Dreher gerichteten Worte stellten sich als eine Drohung dar und zwar als eine verstärkte Androhung einer Schädigung. Es wäre auch anzunehmen, daß der Angeklagte benachteiligt habe, durch diese Drohung die Arbeitswilligen zu bestimmen, an einem Streik zwecks Aufbesserung von Lohn- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen. Angellagter habe ihnen durch seine Äußerung für den Fall, daß sie weiter arbeiteten, Unannehmlichkeiten und Schikanen in Aussicht gestellt. Rechtsanwalt Dr. Heinemann legte für den Angeklagten Revision ein. Der Strafsenat des preussischen Kammergerichts verwarf jedoch das Rechtsmittel mit folgender Begründung: Die Revision scheitert an der tatsächlichen Feststellung des Vordergerichts. Auch könne nicht der Abtätigungsparagaph des Strafgesetzbuches (der eventuell Geldstrafe zuläßt) angewendet werden, denn die Arbeitswilligen seien nicht mit einem bestimmten Vorgehen bedroht worden, sondern ganz allgemein mit Unannehmlichkeiten. Da wäre nur § 153 der Gewerbeordnung anwendbar!! — Die preussische Klassenjustiz entwickelt sich ja immer netter!

Die Elektrizität gegen die Zöllner.

Der Verein zur Wahrung gemeinsamer Wirtschaftsinteressen der deutschen Elektrotechnik hielt am 7. Juni zu Mannheim seine Jahresversammlung unter dem Vorsitz des Direktors Ab. Gaefner-Frankfurt a. M. ab. In seinem Geschäftsbericht schilderte der Syndikus Dr. jur. R. Bärner aus Berlin die vielseitigen Arbeiten des Vereins im abgelaufenen Geschäftsjahr, unter denen namentlich zu nennen sind: die Agitation gegen die beabsichtigte Einführung von neuen deutschen Einfuhrzölle auf Rohblei und Rohkupfer, die Ausarbeitung von umfangreichen Denkschriften bezüglich des Abschlußes neuer Handelsverträge mit Rußland, Österreich-Ungarn und der Schweiz, die fortlaufende Berichterstattung über Abgabegenheiten für elektrotechnische Erzeugnisse im Ausland, die Erstattung zahlreicher Gutachten und Auskünfte u. Die Versammlung kennzeichnete ihre Stellung zu der Handelsvertragspolitik durch einstimmige Annahme folgender Resolution: Der Verein steht nach wie vor auf dem grundsätzlichen Standpunkt, daß die deutsche elektrotechnische Industrie auf dem inländischen Markte keines besonderen Zollschutzes gegen die ausländische Konkurrenz bedarf, aber den größten Wert darauf legen muß, daß die ausländischen Absatzgebiete ihr offen gehalten und nicht durch hohe Eingangszölle verschlossen werden. Der Verein wünscht daher im allgemeinen den Abschluß langfristiger Handelsverträge mit möglichst weitgehender Bindung der fremden Zollsätze für elektrotechnische Erzeugnisse sowie die Aufrechterhaltung der Meißbegünstigungsklausel. Die in den neuen Zolltarifentwürfen Rußlands, Österreich-Ungarns und der Schweiz aufgestellten Zölle für elektrotechnische Erzeugnisse muß der Verein aber als Prohibitivmaßregeln gegen die deutsche Einfuhr in jenen Ländern ansehen, die um so weniger gerechtfertigt sind, als die beiden erstgenannten Staaten von Deutschland wirtschaftlich abhängig sind als umgekehrt. Der Verein erblickt daher in der Verlängerung der heutigen Handelsverträge mit jenen Ländern größere Vorteile für die von ihm vertretene Industrie als in dem Abschluß neuer Handelsverträge mit den bezeichneten Prohibitivzöllen. Nur wenn diese auf ein annehmbares Maß zurückgeführt werden — ein Maß, welches auf die gegenseitigen Handelsbeziehungen der Länder gehörende Rücksicht nimmt und im Hinblick auf die in den letzten Jahren erlaskte ausländische Industrie zum mindesten die jetzigen Zölle nicht überschreiten darf — kann der Abschluß neuer Handelsverträge befürwortet werden.“

Die Resolution der Elektriker wird den Zollspekulanten schwer auf dem Gemüt lasten, ihre Presse wird sie daher vermutlich gar nicht abdrucken, wie alles, was den Zöllnern nicht in den Kram paßt.

Unternehmerdreistigkeit.

Die Entlohnung der Solinger Industriearbeiter geschieht nach einem von den Fabrikantenvereinen und Gewerkschaften gemeinschaftlich aufgestellten Preisverzeichnis. Die Firma H. Roneigung, die zwar nicht dem Fabrikantenverein angehört, aber das Preisverzeichnis anerkennt, hatte nun in letzter Zeit, wie der Messerschleiferverein ermittelte, den vereinbarten Preis nicht gezahlt, weshalb der Vorstand dieses Vereins von ihr eine Strafe von 3000 Mark verlangte. Als die Firma sich weigerte, den Betrag zu zahlen, wurden ihre Arbeiter ausständig. Als Antwort hat nun die Firma, wie man der Rhein-Wesf. Zeitung meldet, die Vorstandsmitglieder des Messerschleifervereins bei der Staatsanwaltschaft wegen Mütigung und Erpreßung angezeigt!

Nach dem mancherlei vorliegenden Urteilen wegen Erpreßung ist eine Bestrafung nicht der vorbrückigen Unternehmer, sondern der Arbeiter, die sie an ihr Wort erinnerten, durchaus nicht ausgeschlossen.

Vom Ausland.

Österreich.

Die Gewerkschaftskommission erflattete an den 8. Juni in Wien zusammengetretenen Gewerkschaftskongress (s. Bericht S. 208) Bericht über ihre Tätigkeit und die Entwicklung der österreichischen Gewerkschaften. Über den Stand der Organisation und die Mitgliederbewegung wird ausgeführt: Die seit dem Jahre 1892 konstatierte Vermehrung der Mitglieder der Gewerkschaften hat bis zum Jahre 1899 angehalten. Erst in den Kriegsjahren 1900 und 1901 ist ein Rückgang der Mitglieder zu verzeichnen gewesen und der kleine Verlust im Jahre 1901 von 284 Mitgliedern ist durch das Anwachsen der Mitglieder im Jahre 1902 von rund 16000 reichlich wett gemacht worden. Nachstehende Tabelle gibt Aufschluß über die Entwicklung der Organisation mit dem Jahre 1892.

| Organisationsform | Jahr | Berette | | | Mitglieder | | | |
|----------------------------------|------|-----------------|----------------|-------------|-------------|-----------|-------|--------|
| | | Zentral-berette | Sonder-berette | Ortsgruppen | individuell | kollektiv | Summe | |
| Berufs-gewerkschaften | 1892 | 10 | 240 | 474 | 724 | 44390 | 2216 | 46606 |
| | 1896 | 17 | 284 | 775 | 1076 | 95221 | 3448 | 98669 |
| | 1899 | 30 | 241 | 1284 | 1556 | 113778 | 5556 | 119384 |
| | 1901 | 32 | 256 | 1273 | 1571 | 113672 | 5378 | 119050 |
| | 1902 | 47 | 241 | 1397 | 1685 | 129290 | 5888 | 135178 |
| Allgemeine Gewerkschafts-vereine | 1892 | — | — | — | — | — | — | — |
| | 1896 | — | 12 | 7 | 19 | 712 | 57 | 769 |
| | 1899 | — | 120 | 78 | 198 | 8392 | 888 | 9170 |
| | 1901 | — | 118 | 49 | 167 | 5984 | 1292 | 7180 |
| Arbeiter-bildungsvereine | 1892 | — | 580 | 4 | 584 | 21690 | 2047 | 23737 |
| | 1896 | — | 627 | 12 | 639 | 16820 | 2276 | 18608 |
| | 1899 | — | 492 | 17 | 509 | 26457 | 2812 | 28269 |
| | 1901 | — | 556 | — | 556 | 23058 | 3318 | 26374 |
| | 1902 | — | 521 | 30 | 551 | 22160 | 2700 | 24860 |

Die Zahl der Zentralvereine ist im Jahre 1902 von 88 auf 47 gesunken...

Die finanziellen Erhebungen über die Finanzgebarung der Gewerkschaften...

Table with 2 columns: Year (1896-1902) and Revenue (Einnahmen) in Reichsmarks.

Die wenig berechtigten Gehalte der Unternehmerorganisation über die angeblichen Streikgewerkschaften...

Table with 5 columns: Year (1896-1902), Unemployment (Arbeitslosensunterstützung), Sickness (Krankheits-, Unfall-, Alters-, Witwen- und Waisenunterstützung), and Unemployment (Notfallunterstützung) in Reichsmarks.

Die Ausgaben zum Zwecke der Unterstützung betragen 45,50 Prozent und für die übrigen Vereinszwecke 54,70 Prozent...

Die Fachpresse hat einen sehr erfreulichen Aufschwung genommen. Im Jahre 1894 gab es deutsche Fachblätter...

England. Die letzte Monatsabrechnung der Vereinigten Gesellschaft der Maschinenbauer zeigt für den Mai einen Mitgliederbestand von 94961 gegen 94303 im April...

Literarisches. Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieck' Verlag) ist soeben das 37. Heft des 21. Jahrgangs erschienen...

Hefes haben wir hervor: Vor Lorenschluß. — Groß- und Kleinbetrieb in der Landwirtschaft. Von Gustav Wang...

Briefkasten. E. S., Böhmer. Aufforderungen zur Bezahlung von Privat Schulden werden nicht aufgenommen...

Zur Notiz. Das immerwährend verspätete Eintreffen der Zeitungsbestellungen veranlaßt uns, wiederholt darauf hinzuweisen...

Inhalt von Nr. 26. Die Uhrenindustrie. — Ein Beitrag zur Kenntnis des Prämiensystems. (Schluß). — Die kanadische Nadelindustrie...

Verbands-Anzeigen.

- Memberships: Mitglieder-Veranstaltungen. In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgenommen.

- Local notices: Durlach. Samstag, 4. Juli, abends halb 9 Uhr, im „Alten Feig“.

- Local notices: Kallbe a. S. Jeden 4. Sonntag im Monat, abends 8 Uhr, im Reichstapelle.

- Local notices: Neckarflur. Samstag, 27. Juni, abends 8 Uhr, in Gafth. z. „Sonne“.

- Local notices: Stuttgart. Samstag, 4. Juli, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

- Local notices: Ludwigshafen a. Rh. Dienstag, 30. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Kleinen Fiesel“.

Messwerkzeuge. In nur besser, scharfer Ausfertigung jetzt fast 25 Jahren die Firma Fr. Reilpart & Comp. Subl. i. Ch.

Ein Werk zu jeder Fabrikanlage geeignet. In jeder Fabrikanlage geeignet.

Der Metallarbeiter. Stütz- und Nachschlagbuch für Dreher und Schlosser.

Wichtig für Dreher u. Mechaniker! Praktischer Selbstunterricht im Gewindefschneiden mit 90 Abbildungen und 65 Tabellen.

Zigarren! Beste, billigste Bezugsquelle! Große Auswahl an verschiedenen Marken.

Glasblaubau. Tüchtiger durchaus selbständiger Praktiker. Melcher im Bau und Reparatur von Glasbläusen...

Gute Erfindungen. Neben geschützten Patent- u. Schutzrechten Bestehen, Stuttgart.

Das geometrische Zeichnen und die Projektionslehre als Grund- u. Lehrbuch. Für Fach- u. Mittl. St. 5 Mk. geb. 4 Mk.

Conrad Müller Buch- und Steindruckerei. Perforier- und Gummi-Anstalt. Schkeuditz-Leipzig. Spezialität: Quittungsmarken, Kautschukstempel, Tabellen, Kassenbücher.